

Weg für die Herausbildung außerhäuslicher (Massen-)Verpflegungs- und Speiseeinrichtungen freigemacht. Diese sollten nicht nur in der Vorkriegszeit einen bedeutenden Anteil an der Versorgung der Großstadtbevölkerung in beiden Metropolen haben.

## II Berlin und Wien werden Weltstädte

### 1.1 Ein neues Zeitalter: Der Aufstieg zweier europäischer Wirtschaftszentren

Der Aufstieg Berlins und Wiens zu Metropolen mit herausragender weltweiter Bedeutung während des 19. Jahrhunderts ist in besonderem Maß auf den enormen wirtschaftlichen Wandel infolge der Industriellen Revolution zurückzuführen, die um 1830 im Deutschen Reich und etwa zehn Jahre später in Österreich-Ungarn einsetzte. Berlin avancierte bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 und seinem Aufstieg zur Reichshauptstadt zum deutschen Wirtschaftszentrum. Während dieser ersten Phase der Industrialisierung bildete sich die schon bald expandierende Berliner Metall- und Maschinenbauindustrie heraus. Mit den vor allem im nördlichen Teils Berlins angesiedelten Maschinenbaubetrieben und Eisengießereien, die das Stadtbild nachhaltig veränderten, hielten die Großindustrien Einzug in die preußische Hauptstadt.<sup>5</sup> Diese widmeten sich zunächst dem Eisenbahnbau, der mit der zunehmenden Verwendung von Eisen und Stahl in der Bauindustrie einen wachsenden Bedarf an Eisenteilen herbeiführte.<sup>6</sup> Mit der Veränderung und Erweiterung der Güterproduktion nahm die Zahl der Arbeitskräfte und Produktionsstandorte jener Unternehmen im Berliner Raum zu. Etwas später erlangten auch die Betriebe der chemischen Industrie Bedeutung. Die Berliner Chemieunternehmen gehörten schon bald zu den tonangebenden Chemieproduzenten.

Zum »Paradepferd der Berliner Wirtschaft«<sup>7</sup> aber entwickelte sich die Elektroindustrie, die 1847 mit der Gründung der *Telegraphen-Bau-Anstalt Siemens & Halske* begründet wurde. Der Strukturwandel hin zur elektronischen Industrie setzte jedoch erst mit dem Beginn der zweiten Phase der Industrialisierung in den 1870er Jahren ein. Mit einer Elektrolok mit Wagen auf der Berliner Gewerbeausstellung von 1879 lieferte *Siemens & Halske* einen Markstein auf dem Weg zur Elektrifizierung des Berliner Nahverkehrsnetzes.<sup>8</sup>

5 Zu den wohl bekanntesten Berliner Unternehmen in dieser Zeit gehören die 1837 eröffnete *Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt Borsig* sowie die im Jahr 1852 entstandene *Maschinenfabrik L. Schwartzkopff*. Die Entstehung der Großindustrien ist nicht allein auf die Industrielle Revolution zurückzuführen, sondern auch auf die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1810 sowie die Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahr 1834, der einen expandierenden deutschen Groß- und Binnenmarkt hervorbrachte. Vgl. »Berliner Stadtentwicklung: Industrialisierung Berlins«, in: LUISENSTÄDTER BILDUNGSVEREIN E.V., Lexikon von A-Z zur Berlingeschichte und Gegenwart. Im Internet unter: <https://berlingeschichte.de/stadtentwicklung/index.html> (08.10.2019).

6 Vgl. ERBE, Michael: »Berlin im Kaiserreich (1871–1918)«, in: RIBBE, Geschichte Berlins, S. 691–793, hier S. 723.

7 ERBE, Berlin, S. 723.

8 Zwei Jahre später folgte durch das Unternehmen die Eröffnung der ersten elektrischen Straßenbahnlinie der Welt in Lichterfelde. Vgl. RIBBE, Wolfgang: »Berlin als deutsches Wirtschaftszentrum«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 111 (2015), S. 14–23, hier S. 18. ERBE,

Werner von SIEMENS' (1816–1892) Betrieb entwickelte sich ebenfalls zum Großunternehmen und hatte dabei lange Zeit die führende Stellung inne. Ebenso rasant entwickelte sich die 1883 von Emil RATHENAU (1838–1915) gegründete *Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität*, ab 1887 *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG)* auf dem Gebiet der Starkstromtechnik. Mit zahlreichen Tochterunternehmen und angeschlossenen Elektrizitätswerken baute sich die AEG ein Wirtschaftsimperium auf, das nach der Fusion mit der *Union Elektrizitätsgesellschaft (UEG)* zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum größten deutschen Elektrokonzern aufstieg.<sup>9</sup> Diese Entwicklung wurde durch die seit 1870 stattfindende Umwandlung, Reorganisation und Erweiterung der großen Industriebetriebe in Aktiengesellschaften begünstigt. Unter aktiver Beteiligung der Banken entstanden neue Großbetriebe als kapitalstarke Unternehmen. Anders als im Bereich der Maschinenbaubranche, wo Berlin neben Köln, Leipzig, Chemnitz und anderen Städten nur einen von mehreren Hauptstandorten darstellte, konzentrierte sich der elektronische Industriezweig in der noch jungen Reichshauptstadt.

Der wirtschaftliche Aufstieg der traditionsreichen Habsburgerresidenz entwickelte sich etwa ein Dezennium zeitversetzt in die gleiche Richtung. Bevor die Entstehung des Eisenbahnwesens den wirtschaftlichen Wandel einläutete, dominierte in der von Kleinbetrieben bestimmten österreichischen Wirtschaft die Textilherstellung. Dabei hatte die Wiener Seidenindustrie in der Monarchie eine herausragende Stellung: 1841 erzielte sie mit insgesamt zwölf Millionen Gulden fast zwei Drittel des Umsatzes dieser Textilbranche in ganz Österreich.<sup>10</sup> Der starke Textilsektor hatte einen Anteil daran, dass sich das wirtschaftliche Wachstum der Monarchie trotz des lange ausbleibenden Reformwillens und der ablehnenden Haltung des Habsburgerstaates gegenüber dem industriellen Wandel positiv entwickelte.<sup>11</sup> Doch um mit dem Berliner Wirtschaftsaufstieg mithalten zu können, reichte die wirtschaftliche Kraft Wiens nicht mehr aus. In den 1850er Jahren wurde Wien von der preußischen Hauptstadt überflügelt.<sup>12</sup> Der Einzug

---

Berlin, S. 724. Sowie HAFFNER, Dorothee: »Industriekultur in Berlin«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 111 (2015), S. 24–31, hier S. 26.

9 Vgl. ERBE, Berlin, S. 724.

10 Vgl. BLED, Jean-Paul: Wien. Residenz – Metropole – Hauptstadt, Wien 2002, S. 198. Vgl. auch GRANDITS, Hannes: »Ländliches und städtisches Familienleben«, in: RUMPLER, Helmut und Peter URBANITSCH (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band IX/1: Soziale Strukturen, Von der Feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, Teilband 1/1, Lebens- und Arbeitswelten in der Industriellen Revolution*, Wien 2010, S. 621–699, hier S. 673.

11 Dies reichte jedoch nicht aus, um mit dem westeuropäischen Industrialisierungstempo mithalten zu können. Vgl. u.a. KONRAD, Helmut: »Deutsch-Österreich: Gebremste Klassenbildung und importierte Arbeiterbewegung im Vielvölkerstaat«, in: KOCKA, Jürgen (Hg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich*, Göttingen 1983, S. 106–128, hier S. 106f. Der überfällige Reformwille der Habsburgermonarchie zeigte sich u.a. im Fortbestand der Feudalherrschaft, der Aufrechterhaltung der Zünfte und der Beibehaltung der Binnenzölle zwischen Österreich und Ungarn. Hierzu ausführlich BLED, Wien, S. 197f. und S. 203f.

12 Vgl. RIBBE, Berlin, S. 15. Zum zögerlichen Strukturwandel der Wiener Wirtschaft vgl. MEIßL, Gerhard: »Netzwerke oder Hierarchien? Zur Entstehung metropolitaner Produktionsräume im Spannungsfeld von historischer Einbettung und ökonomischer Rationalität am Beispiel Wiens im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien* 59 (2003), S. 197–217, hier S. 204.

neuer Industriebetriebe in der Donaustadt im Zuge der Revolution im Transportwesen verhinderte jedoch, dass Wien weiter ins Hintertreffen geriet. Ab dem Ende der 1830er und in den 1840er Jahren entstand um Wien herum ein Eisenbahnverkehrsnetz, das die Stadt zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt der Monarchie machte – eine Funktion, die Berlin nicht nur innerhalb des Deutschen Reiches, sondern auch in ganz Mitteleuropa erfüllte.<sup>13</sup> Diese Entwicklung führte zum Bau und zur Eröffnung der ersten Wiener Bahnhöfe und Werkstätten durch die Eisenbahngesellschaften, die damit den Maschinenbau- und Transportsektor stärkten.<sup>14</sup> Darüber hinaus waren die metallverarbeitenden Industrien durch neue Reparatur- und Fabrikationswerkstätten für Eisenbahnzubehör weiter auf dem Vormarsch.

Auch in Wien erkannten die Privatbanken die Zeichen der Zeit und beteiligten sich ab der Mitte des Jahrhunderts mit Investitionen im Transportwesen an der industriellen Entwicklung. Ein Gründungsboom von Aktienbanken, die mehrheitlich ihren Sitz in der Hauptstadt hatten, erfasste die Habsburgermonarchie. Sowohl in Österreich-Ungarn als auch im Deutschen Reich wurden die Börsenmärkte mit Aktien von überhastet gegründeten Gesellschaften überschwemmt. Spekulationen trieben die Aktienkurse in schwindelerregende Höhen. Der »Börsenkrach« von 1873 beendete schließlich die europäische Spekulationsbewegung. Die wirtschaftlichen Folgen bekamen vor allem die beiden Hauptstädte zu spüren. Dem Berliner Historiker Wolfgang RIBBE zufolge aber bedeutete der »Gründerkrach« lediglich »eine Unterbrechung des Aufschwungs, er bedeutete ihn nicht«<sup>15</sup>. Die Krise von 1873, die in der zeitgenössischen Sicht als »große Depression« wahrgenommen wurde, war dennoch bis in die 1890er Jahre spürbar und traf neben dem Finanzsektor vor allem die Bekleidungs- und Bauindustrien beider Städte.<sup>16</sup> Mit dem Einsetzen der erneuten Hochkonjunktur wenige Jahre vor der Jahrhundertwende gewannen sowohl die Berliner als auch die Wiener Wirtschaft wieder an Dynamik. Beide Hauptstädte blieben die ersten Finanzplätze ihrer Reiche und Zentren der modernen Wachstumsindustrien. Während dieser Krisenzeit erfolgte der Aufstieg der Wiener Elektroindustrie. Wie in Berlin läutete sie die zweite Phase der (österreichischen) Industrialisierung in den 1880er Jahren ein. Für den Bau elektrischer Straßenbahnen, die Errichtung von Kraftwerken sowie die Beleuchtung der Straßen und Häuser und die Ver-

13 Zu Wien vgl. MEIßL, Netzwerke, S. 201. Zu Berlin vgl. RICHTER, Günter: »Zwischen Revolution und Reichsgründung (1848–1870)«, in: RIBBE, Geschichte Berlins, S. 605–687, hier S. 657.

14 Bedeutende Eisenbahngesellschaften waren die *Kaiser-Ferdinand-Nordbahn*, *Kaiserin-Elisabeth-Westbahn*, *Franz-Josephs-Bahn* und *Nordwestbahn*. Mit der *Wiener Lokomotivfabrik AG* und der *Wagons und Tramway Baugesellschaft* entstanden Fabriken, die unabhängig von den Bahngesellschaften gegründet wurden und den Sektor erweiterten. Hierzu vgl. MEIßL, Netzwerke, S. 202. BLED, Wien, S. 209.

15 RIBBE, Berlin, S. 17. Vgl. auch ERBE, Berlin, S. 726.

16 Vgl. EBD., S. 725. BLED, Wien, S. 208.

legung des Telefonnetzes entstanden in und um Wien massenproduzierende Elektrofabriken.<sup>17</sup>

Mit der Industrialisierung etablierten sich in beiden Hauptstädten die Großunternehmen, deren Zahl vor allem nach der Jahrhundertwende zunehmen sollten. Im Jahr 1907 gabes in Berlin 29 Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten, wobei sich diese Zahl bis 1917 auf 56 Unternehmen erhöhte. In Wien wuchs die Zahl der Unternehmen dieser Größenordnung zwischen 1900 von zehn auf 29 im Jahr 1913.<sup>18</sup> Dabei konzentrierten sich diese vor allem auf den Maschinenbau und die Elektroindustrie, die in Berlin 1907 rund 70.000 und in Wien im Jahr 1914 rund 60.000 Arbeitnehmer beschäftigten.<sup>19</sup> Trotz der Tendenz zum Großbetrieb spielten sowohl in Berlin als auch in Wien das Kleingewerbe und Handwerk weiterhin eine bedeutende Rolle. So arbeiteten am Vorabend des Krieges noch immer mehr als die Hälfte der Wiener Arbeiterschaft in Unternehmen mit weniger als zwanzig Beschäftigten.<sup>20</sup> Beide Städte waren Zentren der heimgewerblich organisierten Bekleidungsindustrie, die jeweils die bedeutendste Einzelbranche darstellte. In der Mitte der 1870er Jahre arbeiteten die meisten Berliner Berufstätigen im Bekleidungs-gewerbe, das auf familiäre Absicherung der Arbeitskräfte angewiesen und somit auch die einzige großstädtische Produktionsbranche war, die in großem Umfang Frauen beschäftigte.<sup>21</sup> Bis zum Jahr 1907 wuchs die Zahl der Berliner Beschäftigten im Bekleidungs-gewerbe auf rund 143.600, davon waren über 64 Prozent Frauen. Auch in Wien, wo das Bekleidungs-gewerbe seit den 1880er Jahren ebenfalls die beschäftigungsstärkste Produktionsbranche darstellte, überwog der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte.<sup>22</sup> 1910 waren etwa 53 Prozent aller Berufstätigen in der Wiener Bekleidungsindustrie Frauen.

Die in beiden Städten lange alles dominierende traditionelle Textilindustrie büßte demgegenüber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung ein. So schwanden die Fabriken und Werkstätten der Berliner (Baum-)Wollspinnerei und Seidenweberei sowie

17 In vielen Fällen wurden diese elektronischen Industrien vom deutschen Kapital kontrolliert. Die *Österreichische Union Elektrizitäts-Gesellschaft* wurde 1898 von Berliner Unternehmen gegründet und 1903 von der AEG übernommen. Neben *Siemens* hatten auch das Kabel produzierende Unternehmen *Felten und Guilleaume* sowie der Lampenproduzent *Kremenetzky* ihre Firmensitze im Deutschen Reich. Vgl. EBD., S. 210f.

18 Vgl. ERBE, Berlin, S. 722. BLED, Wien, S. 211.

19 Vgl. den Wert für Berlin Berufsgruppe B »VI Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate« in der Statistik des Deutschen Reiches, Band 207, hg. vom KAISERLICHEN STATISTISCHEN AMT, Berlin 1910, S. 29. Für die Beschäftigtenzahl Wiens vgl. BLED, Wien, S. 211. Ob der Wert sowohl die Beschäftigten im Maschinenbau als auch jene in der Elektroindustrie umfasste, konnte nicht eindeutig ermittelt werden.

20 Vgl. EBD., S. 200 und S. 209. Eine bemerkenswerte Darstellung der Beharrungskraft des Wiener Kleingewerbes bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat MEIßL in seinem Aufsatz vorgelegt. Hierzu siehe DERS., Netzwerke. EHMER, Frauenarbeit, S. 453. Für Berlin vgl. ERBE, Berlin, S. 721.

21 Vgl. BANIK-SCHWEITZER, Renate: »Die Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts«, in: MELINZ, Gerhard und Susan ZIMMERMANN (Hg.), Wien-Prag-Budapest. Blütezeit der Habsburgermetropolen: Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918), Wien 1996, S. 34–45, hier S. 40. Sowie Statistik des Deutschen Reiches, Band 207 (1910), S. 30.

22 Vgl. MEIßL, Netzwerke, S. 205. EHMER, Frauenarbeit, S. 449. Sowie BANIK-SCHWEITZER, Die Großstädte, S. 40.

der Wiener Seidenindustrie in ihrer Zahl und beschäftigten immer weniger Arbeitskräfte.<sup>23</sup> Die Lebensmittelindustrien der beiden Millionenstädte hatten wiederum einen Bedeutungszuwachs zu verzeichnen. Der konjunkturelle Aufschwung der Nahrungsmittelproduktion machte Berlin zum Mittelpunkt des deutschen Mehlgroßhandels. Großbäckereien und Molkereibetriebe entstanden, darunter die Brotfabrik *Wittler* und die *Meierei C. Bolle*. Letztere stellte in den 1880er Jahren das modernste Milchunternehmen Europas dar. Die tägliche Versorgung mit Fleisch und Wurstwaren übernahmen rund zehn Frisch- und Kochwurstfabriken. Auch die Genussmittelherstellung florierte – Kaffeeröstereien, Zigarettenfabriken, Bierbrauereien entstanden im großen Stil.<sup>24</sup> In der Wiener Lebensmittelproduktion spielten die Biererzeuger, insbesondere die beiden Wiener Familiendynastien *Brauerei Schwechat* und *Brauerei Sankt Marx* eine bedeutende Rolle. Anders als in Berlin hatte Wien keine Großproduzenten im Bereich der Nahrungsmittelherstellung vorzuweisen. Produkte wie Milch, Butter und Getreide bezog die Donaustadt u. a. aus Niederösterreich, den Alpenregionen und vor allem der ungarischen Reichshälfte.<sup>25</sup> Die Versorgung der Wiener Bevölkerung erfolgte durch die zahlreichen Wiener Märkte, seit den 1860er Jahren auch durch Markthallen sowie durch den boomenden Lebensmitteleinzelhandel.<sup>26</sup> In der deutschen Reichshauptstadt fanden sich ebenfalls in fast jeder Straße mindestens ein Bäcker und ein Fleischer. Daneben boten die Bauern des Berliner Umlandes ihre Waren auf den vielen Berliner Wochenmärkten an, die aufgrund ihrer untragbaren hygienischen Verhältnisse ab den 1880er Jahren von den mit Kühlräumen ausgestatteten Berliner Markthallen allmählich abgelöst wurden.<sup>27</sup> Die Zentralmarkthalle I am Alexanderplatz war als »Bauch von Berlin« bald der Mittelpunkt der Berliner Lebensmittelversorgung. Eine weitere Errungenschaft, die die Bedeutung

- 
- 23 Vgl. ROESLER, Jörg: »Arbeiterschaft und Unternehmer in den Industrieregionen Berlin und Chemnitz im 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – ein Vergleich des Verhaltens in Konfliktsituationen«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 35/1 (1994), S. 151–170, hier S. 152. Diese Entwicklung setzte über Berlin hinaus im ganzen Deutschen Reich ein. Die Textilindustrie gab ihre führende Stellung u. a. an das Baugewerbe und die Metallverarbeitung ab. Hierzu HOHORST, Gerd, Jürgen KOCKA und Gerhard A. RITTER: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Band II. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 1978, S. 62. Zu Wien vgl. BLED, Wien, S. 208.
- 24 Vgl. DEMPS/MATERNA, Geschichte Berlins, S. 449f. und S. 478ff.
- 25 Hierzu ausführlich LANGTHALER, Ernst: »Vom transnationalen zum regionalen Hinterland – und retour. Wiens Nahrungsmittelversorgung vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg«, in: KARNER, Stefan und Philipp LESIAK (Hg.), Erster Weltkrieg. Globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven, Innsbruck 2014, S. 307–318, hier S. 308ff. Sowie DERS., »Die Großstadt und ihr Hinterland«, in: PFOSER/WEIGL, Epizentrum, S. 232–239, hier S. 233ff.
- 26 Zwischen 1872 und 1890 erhöhte sich z. B. die Zahl der Wiener Bäckereien von 295 auf 720, die Zahl der Fleischereien stieg von 456 auf 1.400. Vgl. BLED, Wien, S. 216.
- 27 Vgl. KNOLL, Thorsten: Berliner Markthallen, Berlin 1994, S. 23ff. UHLITZ, Manfred: »Essen und Trinken im Wilhelminischen Berlin«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 29 (2022), S. 14–23, hier S. 17ff. Sowie DETTMER, Klaus: »Arbeiterleben im Berlin der Gründerzeit«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 111 (2015), S. 40–49, hier S. 47. Zu Wien vgl. MELINZ, Gerhard und Susan ZIMMERMANN: »Die aktive Stadt«, in: DIES., Wien-Prag-Budapest. Blütezeit der Habsburgermetropolen: Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918), Wien 1996, S. 140–176, hier S. 152.

der beiden Handelsplätze Wien und Berlin erhöhten, waren die neuen Kaufhäuser nach Londoner und Pariser Vorbild.<sup>28</sup>

Neben der allgemeinen industriellen Entwicklung spielten nicht nur das Kleingewerbe zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kleidung sowie das Handwerk weiterhin eine wichtige Rolle in Wien und Berlin. Als Folge ihrer Stellung als Hauptstädte wirkte sich auch die Konzentration eines großen Teils des Dienstleistungssektors auf ihre Wirtschaftsstruktur aus.<sup>29</sup> Insgesamt erreichte der Aufstieg Wiens und Berlins zu europäischen Wirtschaftszentren im Zuge der Industrialisierung zwar nicht ganz das Niveau des Londoner und Pariser Wirtschaftswachstums, doch prägte er die Entwicklung beider Städte tiefgreifend. Immer mehr Menschen zog es in die Wirtschaftsmetropolen, deren räumliche und soziale Strukturen einem ebenso rasanten Wandel unterworfen waren.

## 1.2 Zwei Agglomerationen: Raum- und Bevölkerungswachstum

Zu den Charakteristika europäischer Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert gehörte die Randwanderung der urbanen Industrien.<sup>30</sup> Sowohl in Berlin als auch in Wien siedelten die Großunternehmen ihre Fabriken im Verlauf des 19. Jahrhunderts an der Peripherie an. In der preußischen Hauptstadt setzte ab 1860 die erste Randwanderung der industriellen Betriebe in das Berliner Umland ein, »wo billiger Boden und Ausdehnungsmöglichkeiten und mobile Arbeitskräfte vorhanden sowie geringere Steuern zu zahlen waren«<sup>31</sup>. Doch nicht nur die Industriebetriebe zog es an den Stadtrand und in das Umland. Die wirtschaftliche Anziehungskraft lockte Zuwanderer aus den Provinzen Brandenburg, West- und Ostpreußen sowie Schlesien, Pommern und Sachsen in den Berliner Ballungsraum. Da der Wohnungsbau mit der fortschreitenden Industrialisierung im Inneren der Stadt nicht mithalten konnte, ließen sich immer mehr (Neu-)Berliner in den Außenbezirken nieder, wodurch sich nicht nur die Stadtgebietsfläche vergrößerte, sondern auch die Einwohnerdichte erhöhte. Die letzte offizielle Berliner Stadterweiterung vor dem Ersten Weltkrieg erfolgte 1861 mit den Eingemeindungen der Vororte Moabit und Wedding sowie der nördlichen Teile Schönebergs und Tempelhofs.<sup>32</sup> Die Stadtge-

28 Prominente Warenhäuser und Einkaufspaläste waren *Haas*, *Kranmer* und *Rothberger* in Wien sowie *Wertheim*, *Hermann Tietz* und das berühmte »*KaDeWe – Kaufhaus des Westens*« des Kaufmanns Adolf JANDORF (1870–1932) in Berlin. Vgl. BLED, Wien, S. 216f. RIBBE, Berlin, S. 19.

29 Vgl. ERBE, Berlin, S. 721. BLED, Wien, S. 223. So bewegten sich beispielsweise in Berlin die Beschäftigtenzahlen in den staatlichen Dienstleistungsbetrieben, darunter die Stadt- und Reichsverwaltungen, das Eisenbahn- und Postwesen sowie die städtischen Verkehrsmittel, im vierstelligen und beim Militär im fünfstelligen Bereich.

30 Vgl. RICHTER, *Zwischen Revolution*, S. 660. Vgl. auch LINGER, *Metropolen*, S. 110f.

31 DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 451. Die AEG hatte Standorte in Wedding, Moabit und Oberschöneeweide, *Borsig* verlegte seine Werksanlagen 1898 von Moabit nach Tegel und die zuerst in Kreuzberg ansässige *Siemens AG* eröffnete 1897 ihre Werke auf den Nonnenwiesen zwischen Charlottenburg und Spandau, womit sie die bis heute präsente Siemensstadt begründete. Vgl. BIENEK, Karl H. P.: »Die Siemensstadt«, in: VEREIN FÜR DIE GESCHICHTE BERLINS E.V., *Die Geschichte Berlins*. Im Internet unter: <https://www.diegeschichteberlins.de/geschichteberlins/berlinabc/stic hworteot/631siemensstadt.html> (07.09.2016).

32 Vgl. RICHTER, *Zwischen Revolution*, S. 662.

bietsfläche vergrößerte sich damit um nahezu siebzig Prozent auf 5.923 Hektar. In den 1890er Jahren, so konstatieren Laurenz DEMPS et al., sei Berlin jedoch längst über die engen Stadtgrenzen hinausgewachsen, sodass bereits von einem »Groß-Berlin« gesprochen wurde.<sup>33</sup> Somit fixierte die Randwanderungswelle der Bevölkerung und der Industrien bereits Jahrzehnte vor dem Groß-Berlin-Gesetz von 1920<sup>34</sup> die zukünftigen Stadtgrenzen. Im direkten Vergleich mit der Wiener Stadtgebietsfläche, die im Jahr 1914 etwa 27.300 Hektar umfasste, fiel die Fläche Berlins demzufolge nur mit Blick auf die offiziell festgelegten Stadtgrenzen kleiner aus.

Demgegenüber verschoben sich die Grenzen der Hauptstadt der Habsburgermonarchie seit 1850 in drei Schüben in das Wiener Umland. Vor dem ersten Eingemeindungs-erlass im Frühjahr 1850 erstreckte sich die auf das Altstadtgebiet begrenzte Stadtfläche gerade einmal auf 134 Hektar.<sup>35</sup> Mit der Eingemeindung der klein- und mittelbürgerlichen Gewerbevorstädte zwischen Glacis und Linienwall war das Wiener Stadtgebiet mit seinen zunächst neun bzw. zehn Bezirken verteilt auf 5.500 Hektar bis zur zweiten Eingemeindung 1890–92 fast so groß wie Berlin (ohne Umland) am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Ein Dezennium vor der Jahrhundertwende erfolgte eine weitere kreisförmige Eingliederung der fast vollständig industriellen Vororte außerhalb des Linienwalles sowie eine Flächeneingemeindung des späteren, jenseits der Donau liegenden Bezirks Floridsdorf im Jahr 1904.<sup>36</sup> Die zuvor an der Peripherie des Wiener Großraumes angesiedelten Industrien gehörten fortan zum Wiener Stadtgebiet. In Floridsdorf zum Beispiel, das sich dem Wiener Historiker Wolfgang MADERTHANER zufolge bis zur Jahrhundertwende zur unbestritten bedeutendsten großindustriellen Agglomeration der Habsburgermetropole entwickelte, produzierten u.a. *Siemens & Halske* und *Fiat*.<sup>37</sup> Neben Betrieben der chemischen Industrie und der Nahrungsmittelindustrie öffneten dort auch die *Kaiser-Ferdinands-Nordbahn* und die *Wiener Lokomotivfabrik AG* ihre metallverarbeitenden Werkstätten und Fabriken.

»1910 hatten hier bereits mehr als 100 fabrikmäßige Betriebe, davon sechs mit einer Belegschaftszahl von über 1.000 Beschäftigten, ihren Standort – eine Konzentration, wie sie in keinem anderen Stadtteil Wiens auch nur annähernd erreicht wurde.«<sup>38</sup>

Bedeutende Industriestandorte waren u.a. auch die Wiener Randbezirke Meidling, Ottakring, Hernals, Simmering und Favoriten, die entweder einen beträchtlichen Anteil

33 Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 460. Vgl. auch ERBE, *Berlin*, S. 730.

34 Mit dem Groß-Berlin-Gesetz (*Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin*) vom 27. April 1920 wurden Alt-Berlin und die sechs kreisfreien Vorstädte Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Charlottenburg und Spandau sowie die Stadtgemeinde Köpenick und weitere umliegende Kreise, Gemeinden und Gutsbezirke zusammengeführt. Die Bevölkerungszahl Groß-Berlins umfasste fast vier Millionen Einwohner, die sich auf einer Fläche von rund 87.800 Hektar verteilten.

35 Vgl. BLED, *Wien*, S. 140. Für die folgenden Ausführungen vgl. EBD., S. 146f. Sowie MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 178.

36 Im Jahr 1910 umfasste die Fläche des Wiener Stadtgebiets 27.805 Hektar und war damit fast fünfmal so groß wie Berlin.

37 Vgl. MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 187.

38 EBD., S. 188.

der Wiener Arbeiterschaft beherbergten oder gänzlich Arbeiterbezirke waren. Wie Berlin war die Donaumetropole Zielort zahlreicher Zuwanderer, deren Zustrom bereits vor dem wirtschaftlichen Aufstieg Wiens und den damit verbundenen besseren Arbeitsmarktbedingungen einsetzte und sich ab den 1860er Jahren spürbar verstärkte. Waren im Jahr 1830 noch rund siebzig Prozent der Stadtbevölkerung gebürtige Wiener, sank die Zahl ein halbes Jahrhundert später auf 38 Prozent.<sup>39</sup> Die Neu-Wiener, von denen ein beträchtlicher Teil jüdischer Herkunft war, kamen vor allem aus der Hauptstadtumgebung in Niederösterreich, den Ostprovinzen der Doppelmonarchie sowie bis zur Mitte der 1860er Jahre aus Süddeutschland. Darüber hinaus kam ein großer Teil der Zugewanderten aus tschechischen und ungarischen Regionen.<sup>40</sup> Um die Jahrhundertwende betrug der jährliche Bevölkerungszuwachs in Wien rund 34.000 Menschen.<sup>41</sup> Im Jahr 1910 zählte die Donaumetropole knapp über zwei Millionen Einwohner.

Demgegenüber lebten im Ballungsraum Berlin am Vorabend des Ersten Weltkrieges über vier Millionen Menschen. Die Bevölkerungszahl Berlins (ohne Umland) stieg sprunghaft von etwas mehr als einer halben Million im Jahr 1861 auf eine Million Ende der 1870er Jahre. Wie in Wien war die Bevölkerungszunahme über das natürliche Wachstum hinaus vor allem auf die Zuwanderungsbewegung zurückzuführen. Michael ERBE zufolge sei der Zuzugsgewinn allein zwischen 1871 und 1875 dreimal so hoch gewesen wie die Zunahme durch das natürliche Wachstum.<sup>42</sup> Nachdem sich die Zahl der zugewanderten Berliner und die Zahl gebürtiger Hauptstädter 1864 noch die Waage hielten, sank der Anteil der in Berlin Geborenen im Jahr 1875 auf 41 Prozent. Um 1905 war Berlin schließlich eine »Zweimillionenstadt«. Im Jahr 1912 erreichte die Hauptstadt mit 2.095.030 Einwohnern ihren höchsten Stand vor der Stadterweiterung von 1920.<sup>43</sup> Keine andere Stadt im Deutschen Reich zählte so viele Einwohner.<sup>44</sup> Die Tatsache, dass 1910 selbst Charlottenburg (rund 309.000 Einwohner) zu den elf und Rixdorf (ab 1912 Neukölln; rund 252.000

- 
- 39 Vgl. BLED, Wien, S. 155. Ferner MADERTHANER, Wolfgang: »Urbane Lebenswelten: Metropolen und Großstädte«, in: RUMPLER, Helmut und Peter URBANITSCH (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band IX/1: Soziale Strukturen, Von der Feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, Teilband 1/1, Lebens- und Arbeitswelten in der Industriellen Revolution, Wien 2010, S. 493–538, hier S. 495.
- 40 Hinzu kamen die slowakischen, galizischen, ruthenischen, rumänischen, kroatischen, slowenischen, bosnischen und italienischen Minderheiten, die Sinti und Roma, sowie Emigranten aus anderen europäischen Ländern, z.B. Russland. Vgl. SCHWENDTER, Rolf: »Armut und Kultur der Wiener Jahrhundertwende«, in: NAUTZ, Jürgen und Richard VAHRENKAMP (Hg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen, Wien 1993, S. 677–693, hier S. 678.
- 41 Vgl. MADERTHANER, Von der Zeit, S. 178.
- 42 Vgl. ERBE, Berlin, S. 695f. Wie Berlin waren auch die Vororte der Hauptstadt zunehmend Ziele der Zuwanderungsbewegung. Zwischen 1905 und 1910 betrug der Anteil des Wanderungsgewinns am Bevölkerungswachstum der großen Städte im Berliner Umland 75 bis neunzig Prozent. Vgl. EBD.
- 43 Vgl. EBD., S. 693.
- 44 Nach Berlin war Hamburg die nächstgrößere Stadt, die zwischen 1880 und 1910 an die Milliongrenze heranschleunigte. Die Gegenüberstellung der Einwohnerzahl der Stadt Hamburg, welche nach der Volkszählung von 1910 mit 931.035 Einwohnern an zweiter Stelle stand, zeigt, dass Berlin zum gleichen Zeitpunkt mit seinen damals 2.071.257 Einwohnern nochmal mehr als die doppelte Bevölkerungszahl aufwies. Vgl. HOHORST/KOCKA/RITTER, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 45. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, S. 51.

Einwohner) zu den neunzehn größten Städten des Reiches zählten, macht deutlich wie immens die Bevölkerungszahl Berlins und seines Umlands anstieg. Neben diesen beiden beliebten Zuzugsgebieten erhielten fünf weitere Städte im Berliner Umland mit mehr als 100.000 Einwohnern den Status als Großstadt. Im Gegensatz zu Wien blieb in Berlin die große Stadterweiterung vor dem Krieg aus. Zurückzuführen war dies vor allem auf das lange waltende Konkurrenzdenken der Hauptstadt und ihrer Vororte, die allesamt Nachteile durch eine Zusammenführung mit den ärmeren Nachbargemeinden befürchteten. Auch die preußische Regierung stand einer derartigen Stadtreform ablehnend gegenüber.<sup>45</sup> Im Jahr 1912 einigten sich Berlin und ein Großteil der umliegenden Städte sowie die preußischen Verwaltungen auf die Bildung eines Zweckverbandes Groß-Berlin, der nach Michael ERBE nicht ganz ohne Druck zustande kam:

»Angesichts der immer dringlicher werdenden Probleme einer übergeordneten Bau-, Verkehrs- und Erholungsflächenplanung war man im Groß-Berliner Gebiet genötigt, trotz des Gewinns von z[um] T[eil] widerstreitenden Verwaltungskompetenzen zu einer tragfähigen Form der Kooperation zu gelangen.«<sup>46</sup>

Fortan bildete Berlin gemeinsam mit Charlottenburg, Spandau, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg, Neukölln und den Kreisen Niederbarnim und Teltow einen mehr als vier Millionen Einwohnern zusammenfassenden Kommunalverband, der jene Bereiche künftig einheitlich zu regeln hatte. Da jedoch die Selbstverwaltungsansprüche innerhalb dieser »willkürliche[n] Verkoppelung von Kreisen und Städten«<sup>47</sup> nach wie vor dominierten, blieben nicht nur die Leistungen des Zweckverbandes überschaubar, sondern die Groß-Berliner Verwaltungszersplitterung währte auch fort. Diese beeinträchtigte nicht nur die Lösung brennender sozialer Probleme vor dem Ersten Weltkrieg, sondern sollte sich auch hemmend auf die Handlungsfähigkeit Berlins und seiner Vororte hinsichtlich dringender gemeindeübergreifender Versorgungsmaßnahmen während des Krieges auswirken.

### 1.3 Glanz und Elend getrennt vereint: Stadtbild, Gesellschaft und Großstadtleben

Über die expandierenden Stadtgrenzen und das rasant zunehmende Bevölkerungswachstum hinaus wandelte sich auch das Stadtbild beider Hauptstädte. So wurde die Berliner Innenstadt zunehmend entvölkert, während sich in den Randbezirken immer mehr Menschen niederließen.<sup>48</sup> Das Straßenbild im Zentrum prägten vor allem die

45 Vgl. RIBBE, Berlin, S. 20. Sowie ERBE, Berlin, S. 747ff. ESCHER, Felix: »Adolf Wermuth und der Zweckverband Groß-Berlin«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 20 (2020), S. 14–21, hier S. 16ff.

46 EBD., S. 748. Vgl. auch DEMPS/MATERNA, Geschichte Berlins, S. 517.

47 *Berliner Tageblatt*, 29. September 1913, Abendausgabe, zitiert bei GLATZER, Ruth: *Das Wilhelminische Berlin. Panorama einer Metropole 1890–1918*, Berlin 1997, S. 324. Wie ERBE darlegt, habe es »einer längeren, ruhigen Entwicklung bedurft, in der Zusammenhalt und Zusammengehörigkeitsgefühl die Gemeinden von Groß-Berlin enger zusammengeführt und damit dem Verband mehr Kompetenzen gebracht hätten«. ERBE, Berlin, S. 751. So war das kommunale Gebilde nicht mehr als die behelfsmäßige Kompromisslösung eines drängenden Verwaltungsreformproblems.

48 Vgl. LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 90. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 457.

Monumental- und Repräsentationsbauten der zahlreichen Ministerialbehörden und Institutionen des Königreichs Preußen und des Deutschen Reiches.<sup>49</sup> Seit den 1880er Jahren waren auch mehr und mehr Banken und Geschäftshäuser sowie zahlreiche Lokalitäten im Stadtinnern vorzufinden:

»Die Innenstadt bildete sich zur ›City‹ um, zum Zentrum des Geschäfts- und Vergnügungsbetriebs. [...] In der Friedrichstraße fand man zwischen Leipziger Straße und Unter den Linden mehr Lokale als Häuser: neue Bierpaläste, Weinrestaurants, sogar schon Automatenrestaurants, Cafés, Privatmittagstische [...] wie denn überhaupt nirgends eine solche Kneipenkonzentration anzutreffen war wie im damaligen Berlin.«<sup>50</sup>

Dieser von Annemarie LANGE (1907–1976) beschriebene Wandel kam nicht ausschließlich dem gut situierten Bürgertum zugute, das hauptsächlich in den Luxusgeschäften und Warenhäusern der Leipziger (Haupteinkaufs-)Straße sowie in den »Grand Hotels« (*Adlon*, *Central-Hotel* u.a.), Theatern und Varietés einkehrte. Auch die weniger bemittelten Bevölkerungsteile konnten ihrem Bedürfnis nach Vergnügen und Amusement, das in jeder Preislage vorhanden war, nachgehen. So LANGE weiter:

»In der nördlichen Friedrichstraße, wo auch die billige Konfektion zu Hause war, im ›Studentenviertel‹ [...] und in den Seitenstraßen zum Stettiner Bahnhof, dem berüchtigten ›Kaschemmenviertel‹, wo Polizeirazzien eine alltägliche Erscheinung waren, überwogen die Studentenkneipen, Kellerklappen, Tingeltangels und billigen Nachtcafés. [...] Halbwelt und nach ›Tarif‹ gestufte Prostitution gehörten zum ›Nachtleben‹ Berlins ebenso wie die vielen bis zum Morgengrauen geöffneten Lokale, die Absteigequartiere, Stundenhotels und ›Pensionen‹ in allen Nebenstraßen.«<sup>51</sup>

Parallel zu den Veränderungen in der deutschen Kaiserstadt war auch die Habsburgerresidenzstadt ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einem Wandel unterworfen, der

49 Nach Klaus FINKELNBURG sei diese bunte Mischung aneinandergereicherter Regierungsgebäude in der Wilhelmstraße am anschaulichsten gewesen – mit dem Reichskanzlerpalais, dem Ministerium des königlichen Hauses, dem Justizministerium, dem Handelsministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Kriegsministerium. Vgl. DERS.: »Berlin auf dem Weg zur deutschen Metropole«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 111 (2015), S. 6–13, hier S. 13. Vgl. auch ERBE, Berlin, S. 756. Ein weiteres Repräsentationszentrum entstand unterhalb des Spreebogens im »Alsenviertel« mit dem Königsplatz (ab 1919 Platz der Republik) und dem nach den Plänen von Paul WALLOT (1841–1912) zwischen 1884 und 1894 errichteten Reichstagsgebäude im Mittelpunkt. Während die berühmte Allee »Unter den Linden« mit ihren Prachtbauten vor bedeutenden Veränderungen bewahrt blieb, entstanden in direkter Nachbarschaft zu den »Linden« und dem Schloss der Hohenzollern an der Spree »Kunst- und Architekturwerke von ewigem Wert«: der Neue Marstall (1901), das Pergamonmuseum (1901) und das Kaiser-Friedrich-Museum (ab 1956 Bodemuseum) auf der Museumsinsel sowie der Berliner Dom (1905) als einer von zahlreichen Kirchenneubauten der Reichshauptstadt. Hierzu GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 42.

50 LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 74.

51 EBD., S. 74f. GLATZER weist darüber hinaus darauf hin, dass sich die imposanten Bauwerke der Berliner Innenstadt nicht nur auf repräsentative Gebäude, Banken und Handelshäuser beschränkten. Auch Gebäude, die alltäglichen Bedürfnissen dienten, schmückten das Stadtbild. Berühmtheit erlangte u.a. das »Weinhaus-Rheingold« der *Aschinger-Gesellschaft*. Vgl. GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 66f. und S. 73f.

das Gesicht der Stadt bis in die Gegenwart prägte. Nachdem das Wiener Stadtbild lange Zeit vom kaiserlichen Hof und vom Hochadel bestimmt wurde, entfernte die Stadt auf kaiserlichen Erlass Ende der 1850er Jahre ihre Stadtmauern und begann mit der Errichtung eines bald weltbekannten halbkreisförmigen Prachtboulevards, dessen Besonderheit Wolfgang MADERTHANER hervorhebt:

»Unzweifelhaft ist der Ring mit seinen prachtvollen und kulturellen Monumentalbauten und seinen palaisartigen, luxuriösen Wohnblöcken, in seiner elektrischen, historischen Repräsentationsarchitektur eine ganz außergewöhnliche städtebauliche und stadtplanerische Leistung, ein urbanes Gesamtkunstwerk.«<sup>52</sup>

Die am 1. Mai 1865 vom Kaiser FRANZ JOSEPH I. (1830–1916) feierlich eröffnete »Ringstraße« sollte nicht nur die Herrschaft der Habsburger repräsentieren. Sie wurde mit ihren im Stil des Historismus errichteten imposanten öffentlichen und privaten Bauten auch ein neues Zentrum gesellschaftlichen Lebens, das Politik, Verwaltung, Kultur und Wirtschaft vereinte, und beförderte das fortan in prächtigen Palais lebende liberale und reiche Großbürgertum zu Nachbarn der Habsburger und der Hocharistokratie.<sup>53</sup> Der Prachtboulevard war u. a. Sitz verschiedener Ministerien, Banken, der Börse und einer Vielzahl kultureller Einrichtungen, darunter die Hofoper, das Opernhaus und das Burgtheater, weshalb er sich zu einer beliebten Flaniermeile entwickelte:

»Für die erlauchte Gesellschaft wird [der] Spaziergang entlang der Ringstraße zu einem Ritual. [...] Jeden Nachmittag zwischen drei und fünf Uhr spazieren Minister, geborene Barone und Finanzbarone, Schriftsteller, Musiker und Schauspieler, elegante Damen von Welt – oder Halbwelt – in einem genau festgelegten Reigen vom Sirk-Eck zum Schwarzbergplatz und wieder zurück. Alles, was in Wien Rang und Namen hat, trifft sich hier auf wenigen hundert Metern, wo es wichtig ist, gesehen zu werden, ein paar Worte zu wechseln oder ein Lächeln zu tauschen.«<sup>54</sup>

Wichtige gesellschaftliche Drehscheiben am Wiener Boulevard waren auch die noblen Herbergen wie das *Hotel Sacher*, *Grand Hotel* und *Hotel Imperial*. Die »Grand Hotels« zogen mit ihrer exquisiten Küche und intimen Atmosphäre nicht nur ausländische Gäste,

52 MADERTHANER, Von der Zeit, S. 179.

53 In direkter Nachbarschaft zu dem von Theophil HANSEN (1813–1891) im hellenistischen Stil errichteten und 1883 eröffneten Parlament entstanden im neugotischen Stil das Rathaus (1883) des Dombaumeisters Friedrich von SCHMIDT (1825–1891), die von Heinrich FERSTEL (1828–1883) im italienischen Renaissancestil geplante Universität mit einem Arkadenhof (1884) sowie die bereits 1879 ebenfalls von FERSTEL erbaute Votivkirche im Stil der französischen Gotik. Gegenüber der geplanten und 1913 fertiggestellten Neuen Wiener Hofburg entstanden als Teil des Kaiserforums die großen Museen im Barockstil der fürstlichen Sammlungen (1889/1891). Vgl. BLOM, Philipp: Der taumelnde Kontinent: Europa 1900–1914, Bonn 2014, S. 71. FRIEHS, Julia Teresa: »Historismus – der Baustil der Ringstraße«, in: Die Welt der Habsburger. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/historismus-der-baustil-der-ringstrasse> (29.08.2016). Sowie SCHORSKE, Carl E.: Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, Frankfurt a.M. 1982, S. 34ff. Ferner auch MADERTHANER, Urbane Lebenswelten, S. 512ff.

54 BLED, Wien, S. 296.

sondern auch die Kunstwelt, das Militär und Mitglieder des Kaiserhauses an.<sup>55</sup> Nicht zuletzt galten auch die zahlreichen Wiener Kaffeehäuser als gesellschaftliche Treffpunkte und Orte der Unterhaltung u.a. für die Wiener Künstler und Schriftsteller. Anders als in Berlin mit seinen für jedermann zugänglichen innerstädtischen Seitenstraßen gab es für die unteren Schichten Wiens keinen Platz am exklusiven Wiener Ringstraßenkorso.<sup>56</sup> Die Wirkmächtigkeit der städtebaulichen Modernisierung, deren Realisierung zu Lasten der massenhaft schwerarbeitenden und niedrig entlohnten Bau- und Ziegelerbeiterschaft ging, fasst MADERTHANER zusammen:

»Was einst ein Ring militärischer Absonderung gewesen war, wurde nunmehr zu einem Ring gesellschaftlicher Trennung. Die Ringstraße bildete eine in sich abgeschlossene Figur, die zugleich eine Trennung der Gesellschaft definierte: die herrschenden Klassen, Adel und (Groß-)Bürgertum [...] in der Innenstadt mit den alten Palästen und den neu entstandenen Refugien bürgerlicher Wohnkultur; und, davon abgetrennt, die inneren Vorstädte mit den Kleinbürgern und Beamten sowie die äußeren Vorstädte mit dem Industrieproletariat und den sozialen Unterschichten.«<sup>57</sup>

Ein beträchtlicher Teil der Ringstraßenbauten repräsentierte den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Wiener Großbürgertums im 19. Jahrhundert, der wiederum untrennbar mit der Entwicklung Wiens zur Wirtschafts- und Kulturmetropole in Verbindung stand. Die so genannte »Ringstraßengesellschaft«, bestehend aus Bankiers, Industriellen, Pressemagnaten, hohen Staatsbeamten und höheren Offizieren sowie einigen Medizinern und Anwälten, so Jean-Paul BLED, ließ ihr Vermögen, ihre Macht und ihre Ambitionen an den Fassaden und in der Möblierung der Mietpaläste erkennen.<sup>58</sup> Das die Oberschicht der Wiener Gesellschaft bildende Besitz- und Bildungsbürgertum machte nach dem Schichtungsmodell des Sozialhistorikers Josef EHMER im Jahr 1910 etwa drei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Wien aus.<sup>59</sup>

55 Vgl. FRIEHS, Julia Teresa: »Grand Hotels am Wiener Boulevard«, in: Die Welt der Habsburger. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/grand-hotels-am-wiener-boulevard> (29.08.2016).

56 Anders verhielt es sich wiederum in den Vergnügungsparks am Stadtrand, etwa im »Wurstelprater«, wo alle sozialen Gruppen aufeinandertrafen.

57 MADERTHANER, Von der Zeit, S. 180. Vgl. auch SCHORSKE, Wien, S. 31. LINGER, Metropolen, S. 181f.

58 Vgl. BLED, Wien, S. 233ff. Ferner LINGER, Metropolen, S. 246. In ihrem Lebens- und Wohnstil orientierte sich die »zweite Gesellschaft« vornehmlich am alten Adel, der mehrheitlich in der Wiener Altstadt lebte. Hierzu vgl. BLED, Wien, S. 234.

59 Die Luxuswohnungen der Ringstraße blieben demnach einem sehr kleinen Teil der Wiener Gesellschaft vorbehalten, der sich darüber hinaus auch in den Villenanlagen und Cottagevierteln der Außenbezirke Döbling und Währing sowie in direkter Nachbarschaft zum Schloss Schönbrunn im Bezirk Hietzing niederließ. Nach EHMER gehörten alle Haus- und Grundbesitzer, Rentiers, Private sowie Selbständige in den freien, medizinischen und in Kulturberufen zur Oberschicht. Vgl. DERS., Zur sozialen Schichtung, S. 74f. und S. 81. In seinen Ausführungen zum Schichtungsmodell betont EHMER, dass die Grenzen zwischen Ober-, Mittel- und Unterschicht nicht trennscharf gezogen werden könnten. Auch berücksichtige die Untersuchung nur die erwerbstätige Bevölkerung. Eine Einbeziehung der nichterwerbstätigen Familienangehörigen führe zu einer Erhöhung des Oberschichtenanteils. Die Daten von EHMERS Schichtungsmodell stellen daher lediglich Annäherungswerte dar. Vgl. EBD., S. 74.

Demgegenüber wohnte der Großteil der Wiener in den inneren und äußeren Vorstädten der Habsburgermetropole. Während sich die alten Gewerbevorstädte innerhalb des Linienwalls bzw. Gürtels<sup>60</sup> zu Beamten- und Mittelschichtquartieren entwickelten, lebte die Mehrheit der einkommensschwachen arbeitenden Klassen zusammengepfercht in den zahlreichen sozial konfliktgeladenen Arbeiterwohnquartieren der Wiener Außenbezirke, wobei sich die südöstlich gelegenen Bezirke Favoriten und Simmering sowie Floridsdorf und die Brigittenau im Nordosten zu den stärksten Arbeiter- und Unterschichtenbezirken herausbildeten.<sup>61</sup> Dort an der Wiener Peripherie entstand im Zuge der Industrialisierung »das andere Wien« – »[d]as dunkle, rauchige, elende und dreckige Wien, bevölkert mit Einwanderern, Proletariern, Hausierern, Dienstbotinnen, Arbeitslosen, Kriminellen und sogenannten Taugenichtsen, welches flächenmäßig das Zentrum bei weitem übertraf«<sup>62</sup>.

Seit den 1860er Jahren wurden im Wien der Vorstädte die sogenannten Zinskaserneviertel errichtet. Diese im Rastergrundriss angelegten Quartiere setzten sich aus zwei- bis dreigeschossigen Miethäusern mit Straßentrakt und Stutzflügel im Innenhof zusammen, wobei die Wohneinheiten oftmals nur aus einem Zimmer oder einem Zimmer mit Küche (»Zimmer-Küche-Wohnung«) bestanden und mit den notdürftigsten Gegenständen ausgestattet waren.<sup>63</sup> Um die Jahrhundertwende vermerkte das Wiener Stadtphysikat in einem Bericht über seine Tätigkeit und die Wiener Gesundheitsverhältnisse in den Jahren 1897 bis 1899:

»Die Wohnungsverhältnisse sind bei der armen Bevölkerung im allgemeinen ungünstige; oft ist nur ein einziger Wohnraum vorhanden, von den Eltern und mehreren Kindern bewohnt, in welchen gekocht und gewaschen werden muß und welcher meist im Winter, um Heizmaterialie zu ersparen, nur nothdürftig oder gar nicht gelüftet wird. Bei besseren Arbeitern ist wohl nebst dem Wohnzimmer auch eine Küche vorhanden; aber hier dient das Wohnzimmer in vielen Fällen auch als Schneider-, Schuhmacher- oder Weberwerkstätte u.s.f., wodurch die Luft im Wohnraume beständig verunreinigt und bei solchen Gewerben, bei welchen größere Staubentwicklung stattfindet, wie beim Drechslergewerbe, die Respirationsorgane der daselbst sich aufhaltenden zarten Kinder beständig gereizt werden.«<sup>64</sup>

60 Der Wiener Gürtel entstand infolge der Eingemeindung der Vororte 1890 und der anschließenden Schleifung des Linienwalls.

61 Neben diesen vier Bezirken war die Unterschichtenbevölkerung u.a. auch in den Bezirken Ottakring und Hernalts stark vertreten. Darüber hinaus lebten Teile der unteren sozialen Schichten in weitgehend abgeschotteten Unterschichtquartieren in den Bezirken mit mittelschichtiger Dominanz innerhalb des Gürtels, z.B. Landstraße und Alsergrund. Hierzu ausführlicher MADERTHANER/MUSNER, *Anarchie*, S. 55 und S. 66. JOHN, Michael: »Kultur der Armut« in Wien 1890–1923. Zur Bedeutung von Solidarstrukturen, Nachbarschaft und Protest«, in: *Zeitgeschichte* 20 (1993), S. 158–186, hier S. 160.

62 MADERTHANER/MUSNER, *Anarchie*, S. 69.

63 Vgl. BUCHMANN, Bertrand Michael: »Dynamik des Städtebaus«, in: CSENDES, Peter und Ferdinand OPLL (Hg.), *Wien: Geschichte einer Stadt*. Band 3, Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien 2006, S. 47–84, hier S. 56. SCHWENDTER, *Armut*, S. 683.

64 Auszug des Berichts zitiert bei MADERTHANER/MUSNER, *Anarchie*, S. 79. Zu den Wohnverhältnissen vgl. auch SCHWENDTER, *Armut*, S. 683f.

Darüber hinaus mussten die Klein- und Kleinstwohnungen aufgrund der exorbitant hohen Mietzinse von den Arbeiter- und einkommensschwachen Familien mit Bettgehern und Untermietern geteilt werden, um einen Teil der Mietausgaben auszugleichen.<sup>65</sup> Äußerlich war den Wiener Mietskasernen das Elend in den Wohneinheiten jedoch kaum anzusehen, denn ihr Erscheinungsbild hob sich wenig von der Prachtarchitektur der Ringstraße ab. Das Wien um die Jahrhundertwende war eine Fassadenstadt, in der das soziale Elend, wie MADERTHANER konstatiert, hinter einer Fassade von beeindruckender Schönheit verborgen gewesen sei:

»Der [im Jahr 1912] in Wien tagende IX. Internationale Wohnungskongress diagnostizierte eine »eigentümliche Mischung von äußerer Palasterscheinung und innerer Dürftigkeit«; sie habe den Vororten »den Stempel trostloser Ödigkeit und anspruchsvollster Schäbigkeit aufgedrückt«. [...] Die Zinskasernen bildeten in ihrer äußeren Gestalt weniger einen Kontrast zum Zentrum als vielmehr dessen symbolische Fortsetzung. Sie verdeckten damit die für Wien so charakteristische doppelte sozialräumliche Faltung der Stadt. Die Grenzen sind weniger durch baulich-ästhetische Unterschiede definiert als durch soziale Markierung und kulturelle Segregation.«<sup>66</sup>

Wenn auch das Elend der Unterschichten in den Vorstadtwohnungen nach außen hin nicht gleich ersichtlich war, so waren die Proletarierbezirke im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg dennoch merkbar von Armut und Obdachlosigkeit geprägt. Mit der enormen Zuwanderung nach Wien und in die Wiener Außenbezirke konnte die private, am Bedarf vorbeibauende Wohnungswirtschaft nicht mithalten. Die Folge war ein notorischer Mangel an Klein- und Kleinstwohnungen. Nach Michael JOHN seien Kündigung, Delogierung und Umzug eine Alltagserfahrung vieler Unterschichtenfamilien gewesen.<sup>67</sup>

Das Ausmaß des Wohnungselends der Habsburgermetropole scheint ein außerordentliches gewesen zu sein. Bereits in der Mitte der 1890er Jahre legte der Nationalökonom Eugen von PHILIPPOVICH (1851–1917) eine Studie zu den Wiener Wohnverhältnissen vor, wonach das Wohnungselend Wiens (und vieler weiterer Städte Cisleithaniens) jenes in den Hauptstädten London, Paris und Berlin bedeutend übertraf.<sup>68</sup> Im »anderen Wien« der Belle Époque konnten die Obdachlosigkeit und Armut nahezu »jeden« treffen:

- 
- 65 Etwa vier Fünftel der Wiener Bevölkerung hauste MADERTHANER zufolge in überfüllten Kleinstwohnungen, die als lukratives Geschäft von Bauspekulanten am Vorabend des Ersten Weltkrieges drei Viertel des Wiener Wohnungsbestandes umfassten. Vgl. DERS./MUSNER, *Anarchie*, S. 67. JOHN, *Kultur*, S. 160. ROSCHITZ, Karlheinz: *Kaiserwalzer. Traum und Wirklichkeit der Ringstraßenzeit*, Wien 1996, S. 102f. Rund vierzehn Prozent der Wiener seien nach Rudolf SCHWENDTER Bettgeher oder Untermieter gewesen. Vgl. DERS., *Armut*, S. 684. Sowie JOHN, Michael: »Obdachlosigkeit – Massenerscheinung und Unruheherd im Wien der Spätgründerzeit«, in: EHALT, Hubert Ch., Gernot HEISS und Hannes STEKL (Hg.), *Glücklich ist, wer vergisst...? Das andere Wien um 1900*, Wien 1986, S. 173–194, hier S. 173f.
- 66 MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 190f. Sowie DERS., *Urbane Lebenswelten*, S. 517f. Vgl. auch DERS./MUSNER, *Anarchie*, S. 79ff. Ferner vgl. BLOM, *Der taumelnde*, S. 71. LINGER, *Metropolen*, S. 118.
- 67 Ab 1907 verschärfte sich die Wohnungsmarktsituation, indem sich die Zahl der Personen, die keine neue Wohnung finden konnten, stark vermehrte. In der Zeit von 1910 bis 1911 erreichte der starke Mangel an Kleinwohnungen seinen Höhepunkt. JOHN zufolge gab es in den Wiener Arbeiterbezirken praktisch keine leerstehenden Wohnungen mehr. Vgl. DERS., *Obdachlosigkeit*, S. 185ff.
- 68 Vgl. SCHWENDTER, *Armut*, S. 683.

»In Zeitungsberichten hieß es: »Die mit Kindern gesegneten Familien werden überall zurückgestoßen, ziehen von Wohnung zu Wohnung, von Haus zu Haus, vergebens.« [...] Fast jeden Tag berichteten die Zeitungen über die extreme Wohnungsnot: von gut verdienenden Kommunalarbeitern, von 200 pro Tag obdachlos werdenden Familien im Sommer 1911, von Selbstmorden und Selbstmordversuchen wegen Delogierung, von Familien, die im Polizeiarrest nächtigen, von sterbenden Kindern vor dem Asyl.«<sup>69</sup>

Dieser potenziellen Gefährdung durch Armut und sozialen Abstieg war ein beträchtlicher Teil der Wiener Bevölkerung ausgesetzt. Im Schichtungsmodell von EHMERS bildeten allein die lohnabhängigen Unterschichtengruppen bereits rund zwei Drittel (68 Prozent) der Beschäftigten in der Habsburgermetropole.<sup>70</sup> Die Wiener »Unterschicht« respektive Arbeiterschaft war nicht homogen und selbst wieder in verschiedene Schichten eingeteilt. EHMERS fasst sie in vier Kategorien zusammen: (1) häusliche Dienstboten, (2) unselbständige Arbeiter im Kleingewerbe, (3) Arbeiter in verschiedenen nicht-industriellen, traditionellen sowie modernen Lohnarbeitsverhältnissen, darunter Tagelöhner, Heim- und Handarbeiter, sowie (4) Fabrikarbeiter.<sup>71</sup> Zwischen der dominierenden lohnabhängigen Unterschicht und der kleinen erwerbstätigen Oberschicht bildeten rund 29 Prozent der Wiener Beschäftigten die Mittelschicht, die sich aus den (selbständigen) Handwerkern und Kleinhändlern des noch überwiegenden »alten« und den Angestellten und Beamten des »neuen« Mittelstandes zusammensetzte. Auch diese Gruppen waren nicht homogen und dadurch gekennzeichnet, dass der Übergang der mittelständischen Tätigkeiten zur Ober- und Unterschicht fließend sein konnte.<sup>72</sup> Die bipolare Gesellschaftsstruktur, das Nebeneinander von beachtlichem Reichtum und extremer Armut, wie sie sich in der tiefen Kluft zwischen dem bürgerlich-aristokratischen Zentrum und der proletarisch-kleinbürgerlichen Vorstadt der Residenzmetropole offenbarte, war am Vorabend des Ersten Weltkrieges – jedoch sozialtopografisch variierend – in vielen Hauptstädten Europas vorzufinden. Auch die deutsche Hauptstadt vereinte Glanz und Elend, war geteilt in den wohlhabenden Westen des aufgestiegenen Bürgertums und verarmten Nordosten der lohnabhängigen Arbeiterschaft.

69 JOHN, *Obdachlosigkeit*, S. 188.

70 Da die nicht-lohnabhängige Bevölkerung in EHMERS Modell nicht einbezogen wurde, ist davon auszugehen, dass der Anteil der Unterschichtenbevölkerung noch um einiges höher ausfiel. Vgl. EHMERS, *Zur sozialen Schichtung*, S. 75 und S. 80.

71 EBD., S. 76 und S. 82. Die kleinste Arbeitergruppe bildeten im Jahr 1910 die häuslichen Bediensteten mit fünfzehn Prozent. Fast die Hälfte und die damit größte Gruppe der Arbeiterschaft stellten die Gesellen und Lehrlinge aus dem Kleingewerbe, gefolgt von den »verschiedenen Lohnarbeitern« (21 Prozent) und Fabrikarbeitern (achtzehn Prozent). Berücksichtigt werden muss hierbei neben der Unterteilung der gelernten und ungelernten Arbeiterschaft auch die Unterscheidung zwischen den Nationalitäten. So habe es innerhalb des Wiener Proletariats, wie BLEED hervorhebt, eine große Anzahl von noch schlecht integrierten tschechischen Arbeitern gegeben. Vgl. BLEED, *Wien*, S. 244. Eine ausführlichere Darstellung der einzelnen Gruppen der Wiener Arbeiterschaft findet sich bei EHMERS, Josef: »Wiener Arbeitswelten um 1900«, in: EHALT, Hubert Ch., Gernot HEISS und Hannes STEKL (Hg.), *Glücklich ist, wer vergisst...? Das andere Wien um 1900*, Wien 1986, S. 195–214.

72 EHMERS, *Zur sozialen Schichtung*, S. 75 und S. 81. Vgl. auch LENCER, *Metropolen*, S. 99. BLEED, *Wien*, S. 244ff.

Tabelle 1: Berufsverteilung und soziale Schichtung in Wien und Berlin

Berufsgruppe		Wien 1910		Berlin 1907	
		N	%	N	%
1	Eigentümer, Hausbesitzer und Rentiers	17.206	1,5	121.685	11,8
2	Selbständige in freien und Kulturberufen	17.380	1,6	10.141	1,0
3	Selbständige in Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehr einschl. Landwirtschaft	139.231	12,5	8.544	0,8
4	Hausgewerbetreibende	33.249	3,0	31.598	3,1
5	Beamte, Militärs, Angestellte in Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehr einschl. Landwirtschaft	140.633	12,7	146.026	14,2
6	Mithelfende Familienangehörige	12.068	1,1	17.385	1,7
7	Arbeiter	589.876	53,2	553.276	53,6
8	Hausdienerschaft, persönliche Dienste	104.364	9,4	60.826	5,9
<b>Gesamtzahl der Erwerbstätigen (N1)</b>		<b>1.053.319</b>		<b>949.481</b>	
9	Rentner, Pensionäre			69.632	6,8
10	Almosenempfänger	54.986	5,0	11.512	1,1
<b>Zusammen (N2)</b>		<b>1.108.305</b>	<b>100</b>	<b>1.030.625</b>	<b>100</b>

Quellen: EHMER, Zur sozialen Schichtung, S. 80. Statistik des Deutschen Reiches, Band 207 (1910), S. 29 und S. 38; Band 211 (1913), Anhang, S. 2, 14f., 20f., 36f., 60f., 66f., 74f., 82f., 140, 144f., 160f. und 168f. Eigene Berechnungen.

### Anmerkungen zu Tabelle 1

Die Daten für **Wien** wurden vollständig von EHMER übernommen einschließlich der Abweichung von etwa 0,05 Prozent zwischen der Summe der Einzelwerte und der Summe N. EHMER zufolge wurden in Anstalten und in Ausbildung befindliche Personen sowie Personen ohne Berufsangaben nicht aufgenommen (zusammen 90.244 Personen).

Die Daten für **Berlin** wurden sowohl mithilfe der **Tabelle I** im Anhang als auch unter Verwendung verschiedener Übersichten der Statistik des Deutschen Reiches zusammengestellt.<sup>73</sup> Hierbei umfasst die

**Gruppe 1** Eigentümer, Hausbesitzer und Rentiers: alle, die in der Statistik unter a1 (hauptberufliche Eigentümer) aufgeführt wurden.

**Gruppe 2** Selbständige in freien und Kulturberufen: alle a-Personen der Berufsgruppen E6, E7 und E8.

**Gruppe 3** Selbständige in Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehr einschl. Landwirtschaft: alle a-Personen in den Berufsgruppen A bis C.

**Gruppe 4** Hausgewerbetreibende: alle afr-Personen in der Berufsgruppe B.

- Gruppe 5** Beamte, Militärs, Angestellte in Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehr einschl. Landwirtschaft: alle b-Personen der Berufsgruppen A bis C (zusammen 92.350), der Berufsgruppe E (35.300) und die a-Personen der Berufsgruppen E1 bis E5 (18.376).
- Gruppe 6** Mithelfende Familienangehörige: alle c1-Personen der Berufsgruppen A bis C.
- Gruppe 7** Arbeiter: alle c-Personen (gelernte Arbeiter, ungelernte Arbeiter, Tagelöhner etc.) der Berufsgruppen A bis C und E.
- Gruppe 8** Hausdienerschaft, persönliche Dienste: alle Personen der Berufsgruppe D.
- Gruppe 9** Rentner, Pensionäre: alle Personen der (Berufs-)Gruppe F1.
- Gruppe 10** Almosenempfänger: alle Personen der (Berufs-)Gruppe F2.

In der Tabelle nicht berücksichtigt wurden die Berufsgruppen F3 bis F9 (Schüler, Personen ohne Berufsangaben, Anstaltsinsassen etc.; zusammen 30.463), die Berufsgruppe G (im Haushalt des Arbeitgebers wohnende Dienende; zusammen 56.775) und die Berufsgruppe H (Angehörige ohne Hauptberuf; zusammen 887.283). Alle Berufsgruppen bilden zusammen eine Gesamtbevölkerung von 2.005.146.

Die Zuordnung der Berliner Bevölkerung in die einzelnen Gruppen erfolgte nach vereinfachten Gesichtspunkten, um eine mit EHMERS Modell vergleichbare Übersicht zu erhalten. Dabei sticht bspw. die für Berlin recht groß ausfallende Gruppe 1 der Eigentümer heraus. Da die Hausbesitzer und die Betriebseigentümer in der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches nicht getrennt, sondern gemeinsam unter a1-Personen geführt wurden, erfolgte die Zuordnung aller Eigentümer zur Gruppe 1. Es ist davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Teil der Gruppe 1 tatsächlich zur Gruppe 3 gehörte, d.h. zu den Selbständigen in Industrie, Handel etc. Dadurch wird der im Vergleich zu Wien sehr gering ausfallende Wert für Gruppe 3 ausgeglichen.

Berlin entwickelte sich wie Wien zur »Stadt der Arbeit und Arbeiter«. Vor dem Ausbruch des Krieges gehörten über sechzig Prozent der Berliner Bevölkerung zur Arbeiterklasse.<sup>74</sup> In einer Gegenüberstellung der Berufsverteilung der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins im Jahr 1907 und der Berufszugehörigkeit der Wiener um 1910 wird ersichtlich, dass die Gruppen der »Arbeiter« und »Hausgewerbetreibenden« zusammen in beiden Städten etwa 56 bis 57 Prozent der Bevölkerung umfassten (Tab. 1). Der Vergleich der sozialen Schichtung zeigt, dass die Berliner Unterschicht, die über die beiden genannten Gruppen hinaus auch von Bediensteten, mithelfenden Familienangehörigen sowie »Almosenempfängern« gebildet wurde, mit 65,4 Prozent geringfügig unter dem Wie-

73 Es liegen bereits vereinzelt veröffentlichte Übersichten zur sozialen Schichtung Berlins im Jahr 1907 vor. Diese sind jedoch sehr allgemein gehalten und für eine direkte Gegenüberstellung mit EHMERS Daten nicht umfassend genug. Vgl. GRZYWATZ, Berthold: *Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit. Eine historisch-statistische Untersuchung*, Berlin 1988, S. 325f. Sowie HOHORST/KOCKA/RITTER, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 70ff.

74 Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 427 und S. 520. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dieser Wert noch höher ausfiel. Hierzu ausführlich unter 2.1. in Kapitel II.

ner Wert lag (Tab. 2).<sup>75</sup> Etwas größer als in Wien fiel in Berlin hingegen die Gruppe der Mittelschicht aus, die zirka 34 Prozent umfasste. Auch für Berlin muss betont werden, dass die Grenzen der zur Mittelschicht gerechneten Gruppen zur Ober- und besonders zur Unterschicht fließend waren.<sup>76</sup> Wie in Wien bildete auch in Berlin die Oberschicht die kleinste Gruppe der erwerbstätigen Bevölkerung. Den Ausführungen von Annemarie LANGE folgend umfasste die Oberschicht nur einen Bruchteil des wohlhabenden Bürgertums, d.h. nicht mehr als die sprichwörtlich »oberen Zehntausend« oder anders formuliert nicht ganz ein Prozent der Berliner Gesamtbevölkerung.<sup>77</sup>

Tabelle 2: Soziale Schichtung der erwerbstätigen Bevölkerung in Wien und Berlin (in Prozent)

	Wien 1910	Berlin 1907
Oberschicht	3	1
Mittelschicht	29	33,6
Unterschicht	68	65,4
Zusammen	100	100
Gesamtzahl (N)	<b>1.108.305</b>	<b>1.030.625</b>

Sowohl für Wien als auch für Berlin waren die Grenzen zwischen den einzelnen Schichten fließend. Die Grundlage der Werte bilden die Daten aus Tabelle 1, deren Zuordnung nach verschiedenen Kriterien<sup>78</sup> erfolgte. Die Angaben stellen daher lediglich Annäherungswerte dar.

Quellen: EHMER, Zur sozialen Schichtung, S. 81. Statistik des Deutschen Reiches, Band 207 (1910), S. 29 und S. 38; Band 211 (1913), Anhang, S. 2, 14f., 20f., 36f., 60f., 66f., 74f., 82f., 140, 144f., 160f. und 168f.

- 75 Dies ist größtenteils auf die in Berlin kleiner ausfallende Gruppe der Bediensteten zurückzuführen. In den Tab. 1 und 2 wurden für Berlin nur jene Bediensteten berücksichtigt, die nicht im Haushalt der Arbeitgeber lebten. Nach den amtlichen Statistiken wurde die Hausdienerschaft, die im Haushalt der Herrschaft lebte, der Berufsgruppe der Arbeitgeber zugeordnet. Die Gruppe der Hausdienerschaft fiel demzufolge tatsächlich höher aus als der Wert in der Tab. 1.
- 76 Die Angaben sollten daher als Annäherungswerte betrachtet werden. Vgl. hierzu auch LAWRENCE, Material pressures, S. 232.
- 77 Nach LANGE setzten sich die Veranlagten (schätzungsweise) aus etwa 9.380 Familien mit jährlich 12.000 bis 100.000 Mark Einkommen, 159 »sehr reichen Herren der Großbourgeoisie« mit über 100.000 Mark Jahreseinkommen sowie »60 Multimillionäre[n] mit zweieinhalb und mehr Millionen« zusammen. Insgesamt bildeten sie zweieinhalb Prozent aller Veranlagten (354.000) bzw. ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung. Hierzu vgl. LANGE, Das Wilhelminische, S. 67ff.
- 78 Die Bildung der Schichten in Wien erfolgte nach Josef EHMERS Kriterien: Die Oberschicht setzte sich zusammen aus Haus- und Grundbesitzer, Rentiers, Private sowie Selbständige in freien, medizinischen und in Kulturberufen. Zur Mittelschicht zählte EHMER Selbständige in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft sowie deren mithelfende Familienangehörige, Angestellte und Beamte (einschl. Militärs und öffentliche Bedienstete). Die wirtschaftliche Stellung der Selbständigen wurde bei ihrer Zuweisung zur Mittelschicht nicht berücksichtigt. Für Heimarbeiter, die in der amtlichen Statistik zu den Selbständigen gezählt wurden, lagen keine genauen Zahlen vor. EHMER nahm einen Heimarbeiteranteil von drei Prozent an, den er nicht der Mittelschicht, sondern der Unterschicht zugeordnet hat. Darüber hinaus wurden die sozial nicht näher bestimmbaren Empfänger eines Ruhegenusses (Rentner, Almosenempfänger etc.) zur Hälfte der

Wie bereits angedeutet manifestierte sich die bis hierhin in Zahlen veranschaulichte Kluft zwischen Armut und Wohlstand in der deutschen Hauptstadt auch im äußeren Stadtbild. So lebte ein Großteil der Berliner Unterschichten vor allem im Norden und Osten der Stadt, wo infolge des »Hobrecht-Plans« seit den 1860/70er Jahren im großen Umfang schachbrettartig angelegte Massenquartiere gebaut wurden. Der 1862 vom preußischen Stadtplaner James HOBRECHT (1825–1902) vorgelegte und in Kraft getretene »Bebauungsplan der Umgebungen Berlins«<sup>79</sup>, sah zunächst eine Veränderung der Straßenzüge vor. Der Regierungsbaumeister entwickelte einen Fluchtlinienplan, der die Bebauung der dabei entstandenen rechtwinkligen Baublöcke den Grundstückseigentümern überließ. In Verbindung mit der Baupolizeiordnung von 1853, welche den Bauherren kaum Beschränkungen in der Nutzung ihrer Grundstücke auferlegte, wurde eine Baupraxis begünstigt, die eine Verschlechterung der Berliner Wohnverhältnisse herbeiführte.<sup>80</sup> In der Folge entstanden die Berliner Mietskasernen – mehrgeschossige Wohn-

---

Mittelschicht und zur Hälfte der Unterschicht zugeordnet. Konkret basieren die Angaben für Wien in *Tabelle 2* auf den Zuordnungen der Gruppen in *Tabelle 1*: Die Oberschicht bilden die Gruppen 1 und 2, die Mittelschicht die Gruppen 3, 5, 6 und 9, die Unterschicht die Gruppen 4, 7, 8 und 10. Die Bildung der Schichten in Berlin erfolgte nach folgenden vereinfachten Kriterien: Die Oberschicht umfasste nur einen Bruchteil des wohlhabenden Berliner Bürgertums. Nach amtlichen Schätzungen von 1900 umfassten sie nicht mehr als 9500 »Steuer-Individuen«. Im Anschluss an LANGE wird vermutet, dass die Berliner Oberschicht von nicht mehr als 10.000 Eigentümer und Hausbesitzer gebildet wurde. Zur Mittelschicht wurden alle weiteren Selbständigen (*a*-Personen in der amtlichen Statistik ohne die Hausgewerbetreibenden) in freien und Kulturberufen sowie in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, die Beamte, Militärs und Angestellten (*b*-Personen) in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft sowie die Rentner und Pensionäre gezählt. Anders als in EHMERS Übersicht wurden die mithelfenden Familienangehörigen nicht zur Mittelschicht, sondern zur Unterschicht gerechnet. Es ist anzunehmen, dass die Spanne der wirtschaftlichen Stellung zwischen *a*- und *b*-Personen relativ groß war. Aufgrund fehlender ausführlicher Einkommensdaten musste die Zuordnung nach vereinfachten Gesichtspunkten vorgenommen werden. Die Mittelschicht umfasste hiernach alle jene, die in der offiziellen Statistik nicht als *c*-Personen aufgeführt wurden. Die Unterschicht bildeten demnach alle *c*-Personen der amtlichen Statistik einschl. der Hausgewerbetreibenden (*afr*-Personen) und der Almosenempfänger. Konkret basieren die Angaben für Berlin in *Tabelle 2* auf den Zuordnungen der Gruppen in *Tabelle 1*: Die Oberschicht bilden ein Prozent der Gruppe 1, die Mittelschicht die weiteren 10,8 Prozent der Gruppe 1 sowie die Gruppen 2, 3, 5, und 9, die Unterschicht die Gruppen 4, 6, 7, 8 und 10.

- 79 Das Planungsgebiet umfasste weite Teile der Stadt und erstreckte sich über die Eingemeindungen von 1861 hinaus im Norden bis zum Wedding, im Osten bis nach Weißensee und Lichtenberg, im Süden bis nach Rixdorf und Schöneberg sowie im Westen bis nach Charlottenburg. Vgl. STIMMANN, Hans: »James Hobrecht und Berlin – 140 Jahre Berliner Stadtgüter«, in: KÄHLER, Susanne, Wolfgang KROGEL und Manfred UHLITZ (Hg.), 150 Jahre Metropole Berlin, Festschrift zum 150. Jubiläum des Vereins für die Geschichte Berlins e.V., Berlin 2015, S. 105–116, hier S. 110. Vgl. auch DEMPS, Laurenz: »Stadtplanung und Stadtbild«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 111 (2015), S. 32–39, hier S. 38f. STRAUCH, Dietmar: Adolf Wermuth. Der Beamte, der Groß-Berlin schuf, Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1985, S. 207ff.
- 80 Die Baupolizeiordnung von 1853 beschränkte sich auf die Festlegung der Einhaltung der Straßenfluchtlinie sowie der Hofgrößen von 5,34 Metern im Quadrat in den Wohnhäusern mit erlaubten Bauhöhen von vier bis sechs Geschossen. Vgl. RICHTER, Zwischen Revolution, S. 666. STIMMANN, James Hobrecht, S. 111.

quartiere, Gebäude mit Seitenflügeln sowie mehreren Hinterhäusern und lichtarmen Innenhöfen, in denen zunehmend mehr Menschen dicht zusammengedrängt auf engstem Raum lebten:

»In Berlin kamen im Mittel 77 Bewohner auf ein Grundstück. 22,6 Prozent aller vorwiegend fünfgeschossigen Häuser wurden von 100 bis 300 Menschen bewohnt. 26 000 Wohnungen lagen im Keller. Die Wohnungsstatistik von 1905 weist aus, daß 788 809 Berliner – das sind eine Dreiviertelmillion Erwachsener und Kinder – in jeweils nur einer heizbaren Stube ohne Nebengelaß oder überhaupt nur in einer ›Wohnküche‹ zusammengepfercht lebten. In diesen als ›mäßig‹ bis ›stark überbevölkert‹ bezeichneten Wohnlöchern kamen auf einen Raum drei, vier, sechs und mehr Personen.«<sup>81</sup>

Doch nicht nur die Bewohnerdichte, die in keiner anderen europäischen Großstadt in der Höhe vorzufinden war, beeinträchtigte die Wohnbedingungen der Berliner Bevölkerung innerhalb des wilhelminischen Mietskasernengürtels. Nicht selten siedelten sich in den Hinterhäusern der Mietskasernen Gewerbetreibende an, die mit der Lärm- und Geruchsbelästigung ihrer Kleinbetriebe, darunter Druckereien und Werkstätten, die (unhygienischen) Wohnverhältnisse zusätzlich verschlechterten. Zu dieser Mischung aus Wohnen und Arbeiten, die sich vor allem aus den günstigen Mietpreisen für Betriebsinhaber ergab, trat die von HOBRECHT beabsichtigte soziale Mischung der Mieterschaft. Die Vereinigung aller Einkommensklassen unter einer Hausnummer wirkte aus Sicht des Stadtbaurats als gesellschaftlich stabilisierendes Moment, womit er nach Klaus DETTMER einer Segregation vorgebeugt habe. Während die untersten Einkommensklassen in den Hinter- und Seitenhauswohnungen unterkamen, die im Jahr 1910 rund 48 Prozent aller Groß-Berliner Etagenwohnungen bildeten, bewohnte der besserbetuchte Mittelstand die Zwei- und Dreizimmerwohnungen in den Vorderhäusern.<sup>82</sup> Das von HOBRECHT forcierte »Durcheinanderwohnen« sollte der Entstehung proletarischer Armenviertel vorbeugen. Nichtsdestotrotz entstanden mit den vielen Mietskasernenhinterhäusern, die von unzähligen Arbeiterfamilien unter entsetzlichen hygienischen Verhältnissen bewohnt wurden, auch in Berlin vom sozialen Elend gekennzeichnete Arbeiterbezirke, z. B. im Wedding, in Moabit und Kreuzberg.

Es waren jedoch nicht nur die Massenquartiere, die das nordöstliche und südöstliche Berliner Stadtbild vor dem Ersten Weltkrieg prägten. Der anhaltende Andrang von Zuzugswilligen führte zu einer ausgeprägten Wohnungsnot, die von den Hauseigentümern zusätzlich gefördert wurde, indem sie diese ausnutzten, um die Mieten in die Höhe zu treiben. So waren Zehntausende Arbeiter obdachlos und hausten in Behelfsquartie-

81 LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 89f. Vgl. auch GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 313. Als »Vater des »steinernen Berlin« bzw. »Schöpfer des Massenmietshauses« wurde HOBRECHT für die intensive Bebauung der Grundstücke und die hohe Wohndichte in den Mietskasernen viel kritisiert. Zur Auseinandersetzung mit der Kritik an HOBRECHT siehe u. a. den Aufsatz von STIMMANN. Siehe auch HEGEMANN, Werner: *Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt*, Berlin 1930.

82 Vgl. DETTMER, *Arbeiterleben*, S. 44. LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 93f. GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 313. Sowie RICHTER, *Zwischen Revolution*, S. 665.

ren.<sup>83</sup> Seit den achtziger und neunziger Jahren verließ mit dem raschen Wachstum der Vorortgemeinden ein beträchtlicher Teil der wohlhabenden Bevölkerung das alte Berlin, womit die räumliche Trennung von Bourgeoisie und Proletariat einherging. »Wer es ›zu was gebracht‹ hatte«, so LANGE, »zog möglichst bald weg, nach Schöneberg, Charlottenburg oder Steglitz.«<sup>84</sup> Die besitzende Klasse lebte vornehmlich im grünen Südwesten in eleganten Wohnvierteln mit vornehmen Mietshäusern und Villen:

»Statt mehrerer Hinterhöfe wie bei der Mietskaserne gab es im ›Neuen Westen‹ den ›Gartenhof‹, statt der Hinterhäuser das ›Gartenhaus‹ mit kleineren Wohnungen, die für Offiziere, Beamte oder arrivierte freie Berufe durchaus als standesgemäß galten. [...] Nicht nur das Proletariat (dem man die Portiers nicht zurechnen kann), selbst der Mittelstand wurde hier ferngehalten. Man blieb ›unter sich‹.«<sup>85</sup>

Vom »Zug nach Westen« und »Berlin W« war die Rede. Der Westen Berlins passte sich der Entwicklung im Stadtkern an. Vor allem zwischen Berlin und Charlottenburg war die Grenze bald nur noch auf der Karte auszumachen. Das Kurfürstendammviertel lockte zahlreiche Unternehmer an, die sich mit ihren Geschäften und Restaurationen niederließen. Neben zahlreichen Cafés und Restaurants gewannen Kunst, Kultur und Wissenschaft auch hier festen Boden und schufen Anreize zur Zuwanderung. Zugleich war Charlottenburg der erste Vorort, der 1865 durch die Aufnahme des Pferdebahnbetriebes als erste Form des öffentlichen Nahverkehrs an die Hauptstadt angeschlossen wurde. Bald schon entstanden Stadt-, Ring-, U- und Vorortbahn, die sich zu Massentransportmitteln entwickelten und um 1912 etwa 388 Millionen Menschen beförderten.<sup>86</sup> Die 1877 fertiggestellte Ringbahn und die seit 1882 Osten und Westen verbindende Berliner Stadtbahn bildeten ein Verkehrssystem, das außerordentlich günstige Voraussetzungen zur Anbindung der wachsenden Vororte bot.<sup>87</sup> Zugleich entlasteten sie den innerstädtischen Verkehr, der vor allem von Omnibussen, Straßenbahnen, Droschken und Passanten dominiert wurde. Das Verkehrswesen im Innenstadtbereich erfuhr wiederum eine Revolutionierung durch Werner von SIEMENS' Erfindung der elektrisch betriebenen Bahnen. Zwischen 1896 und 1902 wurde das gesamte Streckennetz der Pferdebahnen auf elektrischen Betrieb umgestellt. Im Jahr 1914 verkehrten Michael ERBE zufolge 130 Straßenbahnlinien im Berliner Raum:

»Sie beförderten etwas mehr als die Hälfte aller Personen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzten. Hinzu kam ein Anteil des sich langsam auf Motorfahrzeuge umstellen-

83 Das Mietskasernenelend und die dichte Bebauung reichten bis in die angrenzenden Vororte. Rixdorf, Pankow oder Tempelhof – die Berliner Vorstädte waren ebenso vom Wohnungsmangel, Mietwucher und der Bauspekulation betroffen. Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 425. Die Wohnungsnot wurde nicht nur durch die Zuwanderung hervorgerufen, sondern auch durch die um sich greifende Bauspekulation. Hierzu vgl. LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 91. GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 315f.

84 LANGE, *Das Wilhelminische*, S. 94.

85 EBD., S. 88.

86 Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 392 und S. 519.

87 Vgl. ERBE, *Berlin*, S. 734.

den Omnibusverkehrs von 13 %, womit fast zwei Drittel des öffentlichen Personennahverkehrs die Straßen mehr und mehr belasteten.«<sup>88</sup>

Eine weitere Erleichterung des Stadtverkehrs brachte die 1902 in Betrieb genommene elektrische Schnellbahn, die Berlin auch im Nahverkehrswesen den Ruf als »Elektropolis« verschaffte:

»Eine wichtige Rolle beim Zusammenwachsen Berlins mit seinen Vororten spielt ein neues Verkehrsmittel – die elektrische Hoch- und Untergrundbahn, deren erste Linie, von Siemens gebaut, von der Deutschen Bank finanziert, vom Potsdamer Platz über das Gleisdreieck zum Stralauer Tor beziehungsweise über Bülowstraße und Wittenbergplatz zum Bahnhof Zoo führt [...]. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges erweitert sich das Berliner U-Bahn-Netz auf sechs Linien mit achtunddreißig Kilometern Länge.«<sup>89</sup>

Gleichwohl waren vor allem die gehobenen Gesellschaftskreise die Nutznießer der U-Bahn. Zum einen fand der Osten der Stadt beim Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes anfangs kaum Berücksichtigung. Zum anderen konnte sich die Arbeiterschaft, die vom Nahverkehr hätte profitieren können, die Fahrten zunächst nicht leisten und bewältigte weiterhin die immer länger werdenden Strecken zur Arbeit zu Fuß.

Das Wachstum des Gemeindegebietes führte auch in Wien zu immer größeren Entfernungen und der Einrichtung öffentlicher Verkehrsmittel. Als Folge der innerstädtischen Umgestaltungen und der Eröffnung der Ringstraße im Jahr 1865 entfaltete sich ein reger Verkehr von der Stadtmitte in die umliegenden Vorstädte.<sup>90</sup> Noch im gleichen Jahr und damit parallel zu Berlin führte die Habsburgermetropole die Pferdebahn (»Pferdetramway«) ein, die sich aus verschiedenen Stellwagen- und Omnibuslinien entwickelte und zunächst vom Schottentor bis Hernals verkehrte. Nach Jean-Paul BLEU entwickelte sich daraus recht bald ein ganzes Netz von Linien, das die Stadt durchzog und darüber hinaus seit den 1880er Jahren auch mit dampfbetriebenen Tramways ergänzt wurde: »1890 werden nicht weniger als 42,8 Millionen Fahrgäste befördert; in fünf Jahren steigt ihre Zahl auf 56,8 Millionen.«<sup>91</sup> Kurz nachdem Berlin die Umstellung seines Streckennetzes auf Elektrobetrieb einleitete, wurde im Januar 1897 auch in Wien die erste elektrische Straßenbahn in Betrieb genommen.<sup>92</sup> Die anschließend einsetzende Umgestaltung des gesamten Wiener Tramwaynetzes auf elektrischen Betrieb war jedoch eine Folge der Wahl Karl LUEGERS (1844–1910) zum Bürgermeister im April 1897, der die Kommunalisierung der Gas- und Stromversorgung in die Wege leitete und damit zugleich die Elektrifizierung und schrittweise Kommunalisierung des Straßenbahnnetzes ermöglichte. Im Jahr 1903 verfügte die Gemeinde Wien über ein Straßenbahnnetz von 160 Kilometern

88 ERBE, Berlin, S. 737. Wie an anderer Stelle bereits beschrieben wurde die erste Straßenbahn bereits 1881 in Betrieb genommen. Vgl. auch HAFNER, Industriekultur, S. 26.

89 GLATZER, Das Wilhelminische, S. 299ff.

90 Vgl. »Verkehrsgeschichte«, in: Wien Geschichte Wiki. Eine historische Wissensplattform der Stadt Wien. Im Internet unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Verkehrsgeschichte> (13.04.2020).

91 BLEU, Wien, S. 154.

92 Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Leistungen des Straßenbahnnetzes vor allem auf die private und dominierende »Wiener Tramway-Gesellschaft« zurückzuführen.

Länge, mit 945 Motor- und 888 Beiwagen.<sup>93</sup> Die Straßenbahn blieb zunächst das einzige Massenverkehrsmittel. Zwar lagen bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts Überlegungen zum Bau einer Stadt- bzw. Untergrundbahn vor, doch erst kurz vor der Jahrhundertwende nach der Wienflussregulierung und der Errichtung des Gürtels konnte 1895 der Bau der Stadtbahn in Angriff genommen werden. Die erste – oberirdisch verkehrende – Wiener Stadtbahnlinie, die Obere Wiental- und die Gürtellinie, eröffnete im Juni 1898. Da die Stadtbahn weniger eine Antwort auf die vorhandenen Verkehrsbedürfnisse war und vorrangig militärischen Anforderungen gerecht werden sollte, erlangte sie erst nach dem Ersten Weltkrieg größere Bedeutung.<sup>94</sup> Gegenüber der deutschen Hauptstadt wies Wien keine vergleichbare Fülle verschiedener öffentlicher (Schnell-)Verkehrsmittel auf. Dies änderte sich auch nicht mit der Einführung der benzinbetriebenen Wiener Autobusse im Jahr 1907, die bereits etwa zwei Jahre zuvor in Berlin eingeweiht wurden. Dadurch blieb der Habsburgermetropole aber auch jene chaotische Verkehrslage erspart, die in der deutschen Hauptstadt vermehrt Probleme bereitete. Gemeinsam hatten beide Städte jedoch die »Beständigkeit des Zu-Fuß-Gehens« der Unterschichtenbevölkerung, für die die vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel oftmals wenig erschwinglich waren.<sup>95</sup>

Der Ausbau des innerstädtischen Verkehrswesens blieb nicht die einzige infrastrukturelle Errungenschaft, die das Wiener und Berliner Stadtbild und Großstadtleben vor dem Ersten Weltkrieg nachhaltig veränderte. Das Raum- und Bevölkerungswachstum bereitete beiden Hauptstädten eine Fülle an Problemen im Bereich der kommunalen Ver- und Entsorgung, wodurch die Stadtverwaltungen insbesondere seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Infrastrukturmodernisierung ergriffen.<sup>96</sup> Hierbei eigneten sich die Städte nach und nach wichtige Domänen im Versorgungsbereich an, mit denen sie die Entwicklung zur »städtischen Leistungsverwaltung« in die Wege leiteten.

#### 1.4 Neue Herausforderungen und Aufgaben: Politik und Verwaltung

Das Spektrum gesellschaftspolitischer Betätigung seitens der Kommunalverwaltungen war breit und umfasste neben den Leistungen im Bereich der technischen Infrastruktur auch soziale Infrastrukturmaßnahmen sowie gesundheits- und bildungspolitische Unternehmungen, die alle, so Gerhard MELINZ und Susan ZIMMERMANN, »teil an einer

93 Vgl. »Straßenbahn«, in: Wien Geschichte Wiki. Eine historische Wissensplattform der Stadt Wien. Im Internet unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Stra%C3%9Fenbahn> (13.04.2020). Siehe auch CZEIKE, Felix: Historisches Lexikon Wien, Band 5, Wien 2004, S. 362.

94 Vgl. MELINZ/ZIMMERMANN, Die aktive Stadt, S. 149 und 153. Sowie Wien Wiki, Verkehrsgeschichte (oben Kapitel II, Anm. 90). Erst im Jahr 1925 wurde die Stadtbahn auf elektrischen Betrieb umgestellt und in das übrige Verkehrsnetz eingebunden. Darüber hinaus scheiterten vor dem Ersten Weltkrieg auch die Pläne zur Realisierung des U-Bahn-Baus, der tatsächlich erst in den 1960er Jahren einsetzen sollte.

95 Vgl. SCHWENDTER, Armut, S. 691.

96 Vgl. MELINZ/ZIMMERMANN, Großstadtgeschichte, S. 28. Auch POHANKA, Reinhard: Eine kurze Geschichte der Stadt Wien, Wien 1998, S. 185.

umfassenden Bereitstellung bzw. Regulierung von Produktions- und Reproduktionsbedingungen der industriekapitalistischen Gesellschaft [hatten ...und] keineswegs mit der Schaffung eines Netzwerks von system- und klassenunspezifischen kommunalen Dienstleistungen zum Wohl aller Bürger«<sup>97</sup> zu verwechseln sind.

Wiens Weg zur »aktiven Stadt« wurde seit den 1860er Jahren bis zur Mitte der 1890er Jahre von der kommunalpolitischen Vorherrschaft des liberalen Lagers im Gemeinderat, dem wichtigsten städtischen Verwaltungsorgan, geprägt. Nach der Wiener Gemeindeordnung von 1850 galt der Gemeinderat als beschlussfähiges Organ, das den Magistrat als sein ausführendes Verwaltungsorgan beaufsichtigte.<sup>98</sup> Begünstigt vom Dreiklassenwahlrecht stellten die Liberalen in diesen Jahrzehnten den Vorsitzenden des Gemeinderates und damit den Bürgermeister. Ein Großteil der in dieser Zeit auf den Weg gebrachten (liberalen) Infrastrukturgroßprojekte wurde jedoch durch staatlichen Druck und staatliche Beteiligung herbeigeführt. Obwohl die Gemeindeordnung sowie das provisorische Gemeindegesetz von 1849 und das Reichsgemeindegesetz von 1862 die städtische Autonomie in der Verwaltung der städtischen Finanzen und in den Bereichen des Bau-, Sicherheits-, Armen- und Schulwesens festschrieben sowie den Schutz der Gemeinde vor staatlicher Willkür seitens der Regierungsbehörden garantierten, waren viele der oben dargestellten städtischen Neuerungen aufkrotrierte Vorgaben des Staates.<sup>99</sup> Neben dem Abriss der Fortifikationen und des darauffolgenden Ringstraßen- sowie Stadtbahnbaus gehörten hierzu auch die Eröffnung des Wiener Zentralfriedhofes (1874) sowie die Errichtung der ersten Wiener Hochquellwasserleitung (1870–73), das seinerzeit teuerste Wiener Infrastrukturprojekt, das erstmals eine flächendeckende städtische Wasserversorgung ermöglichte und den Ausbau der Kanalisation in die Wege leitete. Diese Großprojekte fielen wie die den Stadtraum von Grund auf verändernde Donauregulierung (1869–75) in die Amtszeit des Bürgermeisters Cajetan FELDER (1814–1894), der die Habsburgerhauptstadt von 1868 bis 1878 regierte.<sup>100</sup> Über FELDERS Infrastrukturprojekte hinaus fiel die mit diesen hygienischen Maßnahmen verbundene Schaffung verbesserter Verkehrsbedingungen, die zweite Eingemeindung der Wiener Vororte (1890/92), die damit einhergehende Wienflussregulierung der 1890er Jahre, die Errichtung von Markthallen und die Eröffnung zahlreicher Schulen in die liberale Ära.

»Die Liberalen betrieben [...] den Um- und Neubau der Stadt, sie schufen die moderne Stadt im Sinn einer Rahmenbedingung: Dort, wo es ihre unmittelbaren Interessen er-

97 MELINZ/ZIMMERMANN, Die aktive Stadt, S. 140f.

98 Vgl. BUCHMANN, Bertrand Michael: »Politik und Verwaltung«, in: CSENDES, Peter und Ferdinand OPLL (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Band 3, Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien 2006, S. 85–127, hier S. 121.

99 Vgl. ausführlich ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 280.

100 So hielt FELDER auch im »Schicksalsjahr 1873« die Geschicke der Stadt in der Hand – das Jahr, in dem Wien mit seiner prestigeträchtigen Weltausstellung und dem kurz darauffolgenden großen Börsenkrach im Fokus der Weltöffentlichkeit stand. Dem Historiker Felix CZEIKE zufolge sei FELDER der unzweifelhaft bedeutendste Mann der liberalen Epoche (1848–1895) gewesen. Er habe mit Blick auf die Wiener Stadtentwicklung wichtige Entscheidungen getroffen. Hierzu vgl. DERS.: »Bürgermeister Dr. Cajetan Felder und seine Bedeutung für Wien«, Festvortrag anlässlich der Gründung des Cajetan-Felder-Institutes am 23. April 1987, S. 10. Im Internet unter: [https://www.cajetan.net/publikationen\\_dateien/cf%20ovortrag.pdf](https://www.cajetan.net/publikationen_dateien/cf%20ovortrag.pdf) (15.11.2016).

forderten, griffen sie unmittelbar und direkt ein, ordneten, modifizierten sie die dynamische, teils explosive urbane Entwicklung (Hygiene, Bildung). Alles Übrige überantworteten sie nach Möglichkeit der privaten Initiative, dem Spiel der freien Marktkräfte, der Spekulation (Wohnbau, Verkehrs-, Gasversorgung etc.).<sup>101</sup>

Während die Stadtverwaltung im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihr Einflussgebiet schrittweise ausweitete, büßte der Liberalismus seine Vorherrschaft allmählich ein. Mit dem Ende ihrer Dominanz auf staatlicher Ebene im Jahr 1879 begann auch für die Liberalen im Wiener Gemeinderat ein zäher Kampf um den Erhalt der Mehrheit. Der Börsenkrach von 1873 und die nachfolgende Wirtschaftsdepression brachten populistische, antikapitalistische und antisemitische Bewegungen hervor, die sich gegen die großbürgerliche liberale Vorherrschaft richteten.<sup>102</sup> Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Auswirkungen der Depression setzten vor allem das in seiner Existenz bedrohte Kleinbürgertum unter Druck, das infolge der 1885 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Wahlrechtsreform bald die Kernwählerschaft des antiliberalen Lagers bildete. Die Herabsenkung der Wahlrechtschranke auf ein Jahreseinkommen von fünf Gulden begünstigte den Aufstieg des reddegewandten Advokaten Karl LUEGER, der seine politische Laufbahn zunächst im Kreise der Liberalen startete und im Jahr 1893 die antiliberalen Christlichsoziale Partei gründete, die sich schnell zu einer Massenbewegung der »kleinen Leute« entwickelte.<sup>103</sup>

Bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung erreichte die Christlichsoziale Partei eine Mehrheit im Wiener Gemeinderat.<sup>104</sup> In seinen dreizehn Amtsjahren als Bürgermeister realisierte LUEGER die im christlichsozialen Kommunalprogramm propagierte Kommunalisierung der wichtigsten Versorgungsbetriebe. Wie in der Darstellung der

101 MADERTHANER, Von der Zeit, S. 196.

102 Vgl. ÖHLINGER, Walter: »Kommunale Oligarchie. Der Wiener Gemeinderat in der liberalen Ära«, in: Kos, Wolfgang, Ralph GLEIS und Thomas AIGNER (Hg.), Experiment Metropole. 1873: Wien und die Weltausstellung, Wien 2014, S. 74–83, hier S. 74. Die Depression infolge des Börsenkrachs bewirkte nicht nur das Heranwachsen einer antiliberalen Gegenbewegung, sondern führte auch zu Spaltungen und Fusionen innerhalb des sehr heterogenen liberalen Lagers.

103 Mit seiner Sprachgewandtheit und der Anpassung seines politischen Vokabulars an antisemitische Stereotype erreichte LUEGER über das kleinbürgerlich-demokratische Wählerreservoir hinaus auch katholisch-konservative Schichten. Vgl. »Auf dem Weg zur Macht«, in: WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS, Virtuelle Ausstellung zum 100. Todestag von Karl Lueger. Im Internet unter: [www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/auf-dem-weg-zur-macht.html](http://www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/auf-dem-weg-zur-macht.html) (13.04.2020). LENGER zufolge blieb der Kreis der Wahlberechtigten nach wie vor eng gezogen. Vor der Halbierung des Steuerzensus war kaum jeder sechste männliche Einwohner wahlberechtigt. Nach der Reform besaß nicht mal jeder vierte Wiener das Wahlrecht. Vgl. LENGER, Metropolen, S. 158. Vgl. auch MELINZ/ZIMMERMANN, Großstadgeschichte, S. 25f.

104 Mit der Umsetzung ihres ambitionierten kommunalen Reformprogramms mussten die Christlichsozialen jedoch die kaiserliche Bestätigung der Wahl LUEGERS zum Bürgermeister im Frühjahr 1897 abwarten. Da Kaiser FRANZ JOSEPH I. den wachsenden Zuspruch für die Christlichsozialen nicht anerkennen wollte und die Bestätigung der Wahl LUEGERS zum Bürgermeister lange verweigerte, benötigte es bei einer Dauer von zwei Jahren mehrere Wahl-Anläufe bis LUEGER zum Stadtoberhaupt befördert wurde. Vgl. »Bürgermeister und Parteiführer«, in: WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS, Virtuelle Ausstellung zum 100. Todestag von Karl Lueger. Im Internet unter: [www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/buergermeister-und-partefuehrer.html](http://www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/buergermeister-und-partefuehrer.html) (13.04.2020).

Entwicklung des innerstädtischen Verkehrswesens bereits angedeutet, erfolgte in der LUEGER-Ära die Einrichtung gemeindeeigener Elektrizitätswerke, die Errichtung von städtischen Gaswerken und die schrittweise »Verstadtlichung« des Verkehrswesens, womit sich die Habsburgermetropole ihre finanzielle Autonomie gegenüber den zentralstaatlichen Instanzen sicherte. Die Gewinne der Gemeindebetriebe, die für das städtische Budget abgeschöpft wurden, stellten einen bedeutsamen Teil der jährlichen städtischen Haushaltseinnahmen dar.<sup>105</sup> Zu den weiteren Infrastrukturmaßnahmen, die von den Christlichsozialen darüber hinaus ergriffen wurden, gehörten die Eröffnung einer zweiten Hochquellwasserleitung, der Bau weiterer Schulen, der Ausbau des Zentralfriedhofs und der Erwerb von Grünanlagen.

Im wohlfahrtspolitischen Bereich brachte LUEGER ebenso allerhand Neuerungen auf den Weg, auch wenn die an sich steigenden kommunalen Ausgaben im Fürsorgewesen überschaubar blieben. »Kommunale Fürsorgepolitik«, so MADERTHANER, »wurde im Sinn einer karitativen Armenfürsorge verstanden, als eine aus christlichem Ethos heraus gewährte Gabe, die für ein zum Überleben notwendiges Minimum sorgen sollte[.]«<sup>106</sup> Das begrenzte städtische Armenwesen stützte sich größtenteils auf private Vereine, Stiftungen und ehrenamtlich erbrachte Leistungen der Wiener Mittelschichten. In seinem Resümee zur Wiener Armenpflege vor dem Ersten Weltkrieg hält der Wiener Historiker Andreas WEIGL fest:

»Wenn auch der christlichsozialen Stadtregierung eine Wohlfahrtspolitik für alle Schichten der Bevölkerung fremd blieb, so konnte sie sich doch vor den Problemen einer rasch wachsenden Zwei-Millionen-Metropole sozialpolitisch nicht völlig verschließen. Dies führte zu einem vorsichtigen, partiellen Abrücken von reaktiv-repressiver Politik traditioneller Art hin zu einer gewissen Sozialpolitisierung, die sich auch im Budget niederschlug. [...] Vor allem in drei Bereichen bestand erheblicher Handlungsbedarf: in der Altenpflege, in der Säuglings- und Kinderfürsorge und zunehmend in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs auch in der Unterstützung von Opfern konjunktureller Arbeitslosigkeit.«<sup>107</sup>

Somit erfolgte unter dem »Volksbürgermeister« LUEGER nicht nur der Bau des Lainzer Versorgungshauses, das seinerzeit modernste kommunale Altersversorgungs- und Armenhaus in Europa, sondern auch die Einrichtung von Kinderheilstätten, des »Jubiläumsspitals« sowie weiterer Kliniken, die Modernisierung des Sanitäts- und

105 Vgl. MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 222. Ermöglicht wurden LUEGERS Kommunalisierungsschritte vor allem durch die von den Liberalen erlassene Erneuerung des Gemeindestatuts von 1890, das eine Erweiterung der Kompetenzen des Bürgermeisters beinhaltete. Darüber hinaus sah es eine Umgestaltung der Gemeindeverwaltung vor. Als beschließendes Organ wurde dem Bürgermeister ein Stadtrat zur Seite gestellt, dem wichtige Befugnisse des Gemeinderates übertragen wurden. Vgl. LEHNER, Isabella: »Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892–1912)«, in: RÖHRLICH, Elisabeth (Hg.), *Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende*, Wien 2016, S. 459–480, hier S. 462f.

106 MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 228.

107 WEIGL, Andreas: »Kommunale Daseinsfürsorge. Zur Genesis des »Fürsorgekomplexes«, in: PFOSSER/DERS., *Epizentrum*, S. 336–347, hier S. 337. Vgl. ferner MELINZ/ZIMMERMANN, *Die aktive Stadt*, S. 174f.

Rettungswesens und die Gründung einer städtischen Arbeitsvermittlungsanstalt.<sup>108</sup> Darüber hinaus erweiterte die Stadt im Bereich der Armenfürsorge den Kreis der Unterstützungsempfänger und richtete 1912 unter dem späteren »Kriegsbürgermeister« Richard WEISKIRCHNER (1861–1926) die ersten kommunalen Säuglingsfürsorgestellen und Säuglingspflegerinnenposten ein. Neben all diesen sozialen Infrastrukturmaßnahmen, die die Stadt in den Vorkriegsjahrzehnten im großen Stil voranbrachte, blieb mit dem Fehlen einer sozialen Wohnungs- und Wohnbaupolitik ein bedeutender Bereich unberücksichtigt. Die christlichsoziale Wiener Stadtverwaltung lehnte den kommunalen Wohnbau als Mittel gegen die Wohnungsnot ab. Ihrer Ansicht nach sollte der Wohnungsbau Sache des Privatkapitals bleiben. Dementsprechend zurückhaltend verhielt sich die Stadt hinsichtlich der verheerenden Wohnungsnotsituation.<sup>109</sup> Der Blick auf die parallel in die Wege geleiteten Infrastrukturmaßnahmen in der deutschen Hauptstadt zeigt, dass die Wohnbaupolitik nicht nur in Wien vernachlässigt wurde.

Auch in der deutschen Hauptstadt galten nach der Städteordnung der preußischen Monarchie von 1853 die von der Bevölkerung gewählte Stadtverordnetenversammlung und der die Stadtregierung bildende Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze als die obersten Organe der städtischen Verwaltung.<sup>110</sup> Doch anders als in Wien behauptete sich der Liberalismus als prägende Kraft der kommunalpolitischen Gestaltung in Berlin bis zum Ausbruch des Krieges. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt von national- und linksliberalen Oberbürgermeistern regiert, die wie die Gemeindeoberhäupter Wiens mehrheitlich eine Verbesserung der städtischen Versorgungsleistungen einleiteten. So brachte Karl Theodor SEYDEL (1812–1873) mit dem Ziel der Steigerung der städtischen Hygiene den Ausbau des Krankenhauswesens auf den Weg und leitete den Bau eines leistungsfähigen Entwässerungssystems ein. Das bis zur Mitte der 1880er Jahre entstandene und sich auf das gesamte Stadtgebiet erstreckende Kanalisationsnetz basierte wie schon der Mietskasernenbau auf den Plänen von James HOBRECHT. Sein bis 1878 als Oberbürgermeister amtierender Bruder und SEYDELS Nachfolger Arthur HOBRECHT (1824–1912) machte die Stadt zur Eigentümerin mehrerer Wasserwerke und sicherte damit eine ausreichende Wasserversorgung für die wachsende Berliner Bevölkerung. Noch tiefgreifender wirkte der nach HOBRECHT amtierende Verwaltungsjurist Max(imilian) von FORCKENBECK (1821–1892), in dessen Regierungszeit nicht nur die Fertigstellung des Kanalisationsnetzes und der Ausbau des Verkehrsnetzes fallen, sondern auch die Gründung der »*Berliner Elektrizitäts-Werke*«, die

108 Vgl. MADERTHANER, Von der Zeit S. 227. Sowie »Kommunalpolitische Projekte«, in: WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS, Virtuelle Ausstellung zum 100. Todestag von Karl Lueger. Im Internet unter: [www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/kommunalpolitische-projekte.html](http://www.wienbibliothek-digital.at/ausstellung/lueger/kommunalpolitische-projekte.html) (13.04.2020).

109 Unter WEISKIRCHNER brachte die Gemeinde vor dem Krieg lediglich die Errichtung von Notstandswohnungen zur Unterbringung Obdachloser sowie die Schaffung einer Magistratsabteilung für städtische Wohnungsfürsorge auf den Weg. Vgl. BANIK-SCHWEITZER, Die Großstädte, S. 43. EIGNER, Peter, Herbert MATIS und Andreas RESCH: »Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme«, S. 8. Im Internet unter: [https://mediawien-film.at/media/uploads/documents/320\\_neues\\_wien/matis\\_wohnbau.pdf](https://mediawien-film.at/media/uploads/documents/320_neues_wien/matis_wohnbau.pdf) (07.12.2022).

110 Vgl. ausführlich Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. XI. Sowie ERBE, Berlin, S. 746.

in der Folge neben dem gewerblichen und privaten Verbrauch auch für städtische Belange, z. B. die Straßenbeleuchtung und den Straßenbahnbetrieb, zum Einsatz kamen. Auch hinsichtlich der Zufuhr und Verteilung lebensnotwendiger Waren verhalf der nationalliberale FORCKENBECK der durch Eisenbahnlinien und Wasserstraßen gut angebundenen deutschen Hauptstadt zum Bau moderner Markthallen und eines Zentralviehhofes. Wie keiner seiner Vorgänger stellte er die Weichen für seine Nachfolger, darunter den Linksliberalen Martin KIRSCHNER (1842–1912) sowie den Verwaltungsbeamten und späteren »Kriegsoberbürgermeister« Adolf WERMUTH (1885–1927), die ebenfalls ihren Beitrag zur Entwicklung Berlins als eine der gesündesten und saubersten Großstädte Europas vor dem Ersten Weltkrieg leisteten.<sup>111</sup>

Nicht nur in der Kontinuität der liberalen Vorherrschaft unterschied sich Berlin von der Habsburgermetropole. Die mit ihr verbundene Infrastrukturmodernisierung erfolgte auch weitgehend ohne jenen staatlichen Druck, den die Wiener Verwaltung bis in die 1890er Jahre zu spüren bekam.<sup>112</sup> Die Autonomie der Hauptstadtverwaltung blieb jedoch nicht völlig unberührt von Eingriffen durch übergeordnete Behörden. So verfügte der preußische Staat auch nach der Herauslösung der Hauptstadt aus der Provinz Brandenburg und der Bildung des Stadtkreises Berlin im Jahr 1881 über eine Reihe von Kontrollbefugnissen, die die städtische Selbstverwaltung einschränkten. Die Stadt stand nicht nur unter kommunaler Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, sondern wurde auch durch den Polizeipräsidenten, der dem preußischen Innenministerium unterstand und faktisch als Regierungspräsident des Verwaltungsbezirks Berlin fungierte, in ihrer Eigenständigkeit beschnitten.<sup>113</sup> Die preußischen Staats- und Provinzialbehörden pflegten ihren Willen in kommunalen Angelegenheiten wiederholt durchzusetzen, was zwangsläufig zu Kompetenzgerangel und begrenzter Handlungsfähigkeit seitens der Berliner Verwaltung führte. Hierbei gehörte mit Blick auf die spätere Kriegszeit der Oberbefehlshaber in den Marken, die Kommandoinstanz der preußischen Armee für die Berliner Garnison, zu den bedeutendsten Institutionen. Die beschränkte »Selbstverwaltung« verdeutlicht, dass die Machtposition des Berliner Oberbürgermeisters nicht so stark war wie die des Wiener Stadtoberhauptes und dass die Stadtregierung »vielfach und wirksam gegen alle konsequent demokratischen Bestrebungen abgesichert«<sup>114</sup> war. Die Maßnahmen der sich herausbildenden Berliner »Leistungsverwaltung« fielen jedoch größtenteils in jene Aufgabengebiete der Kommune, die weitgehend

111 Vgl. RIBBE, Berlin, S. 20.

112 Der kaiserliche Gestaltungswille war in Berlin im wahrsten Sinne des Wortes »begrenzt« auf das innerstädtische Zentrum und den dort von WILHELM II. (1859–1941) vorangetriebenen offiziellen Baustil. Eine Ausnahme bildete auch die vom Kaiser durchgesetzte »Heerstraße« als Verlängerung des Straßenzugs Unter den Linden – Charlottenburger Chaussee bis in den Westen Spandaus. Gegenüber Wien blieb der deutschen Kaiserstadt darüber hinaus jenes Projekt verwehrt, »mit dem Berlin sich als Hauptstadt eines der modernsten Industrieländer der Weltöffentlichkeit hätte präsentieren und den hohen Stand der kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung zur Schau stellen können«. ERBE zufolge habe sich der deutsche Kaiser mit aller Hartnäckigkeit einer Weltausstellung in Berlin verschlossen. DERS., Berlin, S. 758.

113 Vgl. EBD., S. 745.

114 Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. XI. Zur Gegenüberstellung der Machtpositionen des Wiener und Berliner (Ober-)Bürgermeisters vgl. LENGER, Metropolen, S. 158.

unabhängig von staatlichen Einflüssen verwaltet werden konnten.<sup>115</sup> Ähnlich wie in der Habsburgermetropole brachte die Berliner Verwaltung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Reihe von wohlfahrtspolitischen Maßnahmen auf den Weg. Dazu gehörte, um nur einige Beispiele zu nennen, der intensive Ausbau des weltweit vorbildhaften Krankenhauswesens, die Errichtung eines neuen – ebenfalls mustergültigen – städtischen Obdachs, der Ausbau der Säuglings- und Jugendfürsorge sowie die Unterstützung der Arbeitskräftevermittlung über Arbeitsnachweise.<sup>116</sup> Im Bereich der Wohnbaupolitik blieben städtische Aktivitäten jedoch wie in Wien aus. Auch hier wurde der Wohnungsbau fast völlig der privaten Hand überlassen. Zwar ergriffen seit den 1880/90er Jahren verschiedene gemeinnützige Bau- und Wohnungsbaugenossenschaften die Initiative zum Bau bedarfsgerechter Wohnhäuser, doch ihr Einfluss blieb vor dem Ersten Weltkrieg begrenzt.<sup>117</sup> Darüber hinaus bekamen die Berliner Linksliberalen ebenso wie die Wiener Christlichsozialen auf dem Gebiet der Wohnbaupolitik zunehmenden Gegenwind zu spüren. Die Sozialdemokratie, die sich als »Partei der Mieter« verstand, machte die Wohnungsfrage in beiden Städten zu einem zentralen Thema ihres Programms.<sup>118</sup>

## 1.5 Ausgebremste Opposition: Aufstieg der Sozialdemokratie

Die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen führten ab der Mitte des 19. Jahrhunderts in beiden Metropolen zur Verschärfung der Klassengegensätze und massenhaften Verarmung der Arbeiterschaft. Seit den 1860er Jahren formierte und organisierte sich die Arbeiterbewegung, die »sofort und unmittelbar in den Kampf um die Verbesserung der allgemeinen Lage der werktätigen Bevölkerung, die Sicherung ihrer Existenzbedingungen ein[griff]« und das Klassenbewusstsein unter den Berliner und Wiener Arbeiter förderte.<sup>119</sup> Mit Protesten gegen Mietwucher und Wohnungselend, Zwangsräumungen

115 Mit Ausnahme der fehlenden Einflussnahme auf das Sicherheits- und Schulwesen betraf dies wie in Wien die Verwaltungsbereiche Finanzen, Technik und Gewerbe sowie das Wohlfahrtswesen. Vgl. WÖLBLING, Paul: Berliner Stadtrecht. Ein Handbuch des Verwaltungsrechts der Stadt Berlin, Berlin 1911, S. 77ff. Der Bereich Technik und Gewerbe umfasste sämtliche Aufgaben rund um die städtische Infrastruktur (Bau- und Verkehrswesen u.a.). In den Bereich Wohlfahrt fiel hierbei nicht nur das Armen-, sondern u.a. auch das Gesundheitswesen und die Waisenpflege. WÖBLING zufolge konnte die Gemeinde in diesen Aufgabengebieten unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und der für die gesamte Gemeindetätigkeit bestehenden Staatsaufsicht »frei schalten und walten«.

116 Vgl. ERBE, Berlin, S. 717f. BARON, Rüdiger: »Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg«, in: DERS. und Rolf LANDWEHR (Hg.), Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Weinheim 1983, S. 11–71, hier S. 40ff. Sowie »Städtisches Obdachlosenasyll«Palme«, in: Gedenktafeln in Berlin, hg. von der GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND. Im Internet unter: <https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/gedenktafeln/detail/staedtisches-obdachlosenasyll-palme/3034> (07.12.2022).

117 Vgl. ERBE, Berlin, S. 707f. GLATZER, Das Wilhelminische, S. 316f.

118 Vgl. MADERTHNER, Von der Zeit, S. 229. GRANSCHKE, Elisabeth: »Die Entwicklung der Wohnungspolitik bis zum Ersten Weltkrieg«, in: *Historical Social Research* 11 (1986), 4, S. 47–71, hier S. 53f. Im Internet unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/3458> (18.11.2016).

119 DEMPS/MATERNA, Geschichte Berlins, S. 403. Die Herausbildung der österreichischen Arbeiterbewegung beschränkte sich jedoch zunächst auf das Dasein als Organisation ohne Basis, die sich nach

und Obdachlosigkeit sowie Streiks um Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen versuchten sich die deutsche und österreichische Arbeiterschaft Gehör zu verschaffen.

Im Deutschen Reich fand die Arbeiterschaft in der seit 1868 agierenden Gewerkschaftsbewegung und der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SAD, ab 1891 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD)<sup>120</sup> Unterstützung. Der breite Rückhalt der SAD in der Arbeiterschaft und der zunehmende Erfolg bei den Wahlen stellte für die herrschende Ordnung eine ernsthafte Bedrohung dar. Im Jahr 1878 sah sich der Reichskanzler Otto von BISMARCK (1815–1898) gezwungen, das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, das sogenannte Sozialistengesetz, durchzusetzen.<sup>121</sup> Darüber hinaus versuchte BISMARCK in den 1880er Jahren die »Arbeiterfrage« mit der Einführung der Sozialversicherungsgesetzgebung zu lösen. Doch weder das bis 1890 anhaltende Verbot der Sozialdemokratie noch die neuen Sozialgesetze konnten die sozialdemokratische Bewegung aufhalten. Stattdessen wuchs die Sozialdemokratie zur wählerstärksten Partei im Deutschen Reich. Bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 gewann sie in Berlin bereits die absolute Mehrheit. Bis 1903 erkämpfte sich die SPD in der Kaiserstadt, der »Metropole der Opposition«, fünf der sechs Berliner Wahlkreise.<sup>122</sup> In keiner anderen deutschen Großstadt war die Arbeiterbewegung stärker als in der deutschen Hauptstadt. Schon bald war die Rede vom »roten Berlin«:

»Die Entwicklung war in der Tat beeindruckend. Die Mitgliederzahl stieg im Zeitraum 1892 bis 1912 von 6.260 auf 67.512, also um mehr als das Zehnfache. Zusammen mit den Verbänden der umliegenden Wahlkreise gab es im Großraum Berlin 122.132 Sozialdemokraten. Damit war dieser Regionalverband der mit Abstand größte der SPD im Kaiserreich. [...] Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatten [...] über drei Viertel der Berliner Wähler für die SPD votiert, im Deutschen Reich waren es knapp 35 Prozent.«<sup>123</sup>

---

hezu zeitgleich entstehend stark an der deutschen Arbeiterbewegung orientierte und personell mit ihr verflochten war. Hierzu ausführlich KONRAD, *Gebremste Klassenbildung*, S. 112ff.

- 120 Die SAD gründete sich nach der Überwindung inhaltlicher Gegensätze aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) im Jahr 1875 in Gotha. Hierzu ausführlich u.a. WALTER, *Die SPD. Biographie einer Partei*, Berlin 2009, S. 7ff.
- 121 Vgl. DEGETHOFF DE CAMPOS, Heidi: *Von der Armenpflege zum Sozialstaat. 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen im Dienste der praktischen Wohlfahrtsarbeit*, Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen, Berlin 1993, S. 14. Zu den Wahlerfolgen vgl. POTTHOFF, Heinrich und Susanne MILLER: *Kleine Geschichte der SPD 1848–2002*, Bonn 2002, S. 48f. Für die sozialdemokratischen Wahlerfolge in Berlin vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 432f.
- 122 Vgl. ERBE, Berlin, S. 771f. Auch während der darauffolgenden Reichstagswahl von 1907, bei der die Sozialdemokratie reichsweit starke Verluste hinnehmen musste, konnte die SPD die Wahlkreise im Berliner Raum erneut für sich gewinnen. Michael ERBES Bezeichnung Berlins als »Metropole der Opposition« bezieht sich nicht nur auf die stark wachsende Rolle der Sozialdemokraten in der Hauptstadt, sondern auch auf die lang andauernde Dominanz des Linksliberalismus. Vgl. EBD., S. 755.
- 123 WEIPERT, Axel: *Das Rote Berlin. Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934*, Berlin 2013, S. 62.

Obwohl die SPD bei den Reichstagswahlen durch das absolute Mehrheitswahlrecht sowie durch fehlende Anpassungen des Wahlkreissystems an die Bevölkerungsverchiebungen benachteiligt wurde, war sie im Jahr 1912 die stärkste Fraktion im Parlament. Noch stärker aber fiel die Benachteiligung der sozialdemokratischen Wählerschaft auf regionaler und lokaler Ebene aus. Für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und zur Berliner Stadtverordnetenversammlung galt das Dreiklassenwahlrecht, das den Stimmen der Wohlhabenden ein sehr viel höheres Gewicht beimaß als denen der ärmeren Wählerschicht. Durch die verzerrenden Auswirkungen des Wahlsystems konnten die Sozialdemokraten auf beiden Ebenen nur eine kleine Zahl an Mandaten gewinnen. In Anbetracht des »undemokratischen« Wahlrechts stellten sie dennoch beachtenswerte Erfolge dar.<sup>124</sup> Die Forderung der deutschen Sozialdemokraten nach der Einführung eines allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger war daher eine logische Konsequenz, die jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg erfüllt werden sollte.

Auch für die österreichischen Sozialdemokraten war das allgemeine Wahlrecht ein bedeutendes politisches Ziel. Durch das unausgeglichene Kurienwahlsystem wurde auch ihr Aufstieg ausgebremst. Nachdem sich 1874 zahlreiche Arbeiterbildungs- und Gewerkschaftsvereine zur »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs« zusammengeschlossen hatten und die anschließenden Richtungsstreitigkeiten auf dem Hainfelder Einigungsparteitag 1888/89 beigelegt wurden, erfuhr die SDAP seit Ende der 1890er Jahre wachsende Unterstützung.<sup>125</sup> Im Zuge der »BADENISCHEN Wahlrechtsreform«<sup>126</sup>, die unter dem Druck großer Straßendemonstrationen in die Wege geleitet wurde, erlangte die sozialdemokratische Partei bei den Reichsratswahlen 1897 ihre ersten vierzehn Mandate, wobei in Wien erst 1901 die ersten beiden Sitze gewonnen werden konnten. In den darauffolgenden Reichsratswahlen von 1907 und 1911 erreichte die SDAP bereits 87 bzw. 82 von 516 Sitzen – ein Ergebnis, das sich die österreichische Sozialdemokratie hartnäckig erkämpft hatte:

124 Im Jahr 1911 gehörten von den 144 Mitgliedern im Stadtparlament immerhin 38 Stadtverordnete zur sozialdemokratischen Fraktion. Vgl. LASCHITZA, Annelies: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 194. Im Jahr 1913 waren nach MATERNA bereits 45 der 126 Stadtverordneten Sozialdemokraten. Vgl. hierzu Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. XVI.

125 Die zuvor als politische Organisation ohne Basis agierende österreichische Arbeiterpartei entwickelte sich nun zur Massenbewegung. Hierzu siehe auch oben Kapitel II, Anm. 119. Vgl. KONRAD, Gebremste Klassenbildung, S. 114. Zur Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich siehe MADERTHANER, Wolfgang: »Das Entstehen einer demokratischen Massenpartei. Sozialdemokratische Organisation von 1889 bis 1918«, in: DERS. und Wolfgang C. MÜLLER (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Band 1, Wien 1996, S. 21–92. Ferner MADERTHANER, Wolfgang: »Die Entwicklung der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889 bis 1913«, in: DERS. (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Band 1, Wien 1988, S. 25–51.

126 Die Wahlreform wurde von Ministerpräsident Kasimir Felix von BADENI (1846–1909) im Jahr 1896 eingeführt. Zu den vier Wahlkurien der privilegierten Klassen wurde eine fünfte allgemeine Wählerkurie für alle über 24 Jahre alten Staatsbürger eingerichtet. Damit durften die fünf Millionen Wähler der fünften Kurie fortan ebenso viele Abgeordnete entsenden wie die 5.000 Großgrundbesitzer. Vgl. »Wahlrecht«, in: DAS ROTE WIEN. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Im Internet unter: [www.dasrotewien.at/seite/wahlrecht](http://www.dasrotewien.at/seite/wahlrecht) (13.04.2020). Sowie »Arbeiterbewegung«, in: EBD. Im Internet unter: [www.dasrotewien.at/seite/arbeiterbewegung](http://www.dasrotewien.at/seite/arbeiterbewegung) (13.04.2020).

»Unter dem Eindruck der Ereignisse in Russland [...] kam es Ende Oktober, Anfang November 1905 auf der Ringstraße zu mehreren großen Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht. Nachdem die Partei neuerlich mit Generalstreik drohte und die Eisenbahner eine ›passive Resistenz‹ begannen, die den gesamten Verkehr lahm legte [sic!], versprach die Regierung am 4. November 1905 eine weitere Wahlrechtsreform.«<sup>127</sup>

Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer auf staatlicher Ebene im Januar 1907 erzielten die Sozialdemokraten auch in Wien erhebliche Stimmengewinne. Im Jahr 1911 erreichten sie mit 42,9 Prozent der Stimmen (neunzehn Mandate) die Wählermehrheit. Trotz der Entwicklung der SDAP zur stärksten Partei in Wien und Umgebung verblieb die Hauptstadtverwaltung wie in Berlin in den Händen der politischen Gegner.<sup>128</sup> Zwar löste die sozialdemokratische Partei 1906 die Liberalen als Opposition ab, doch gegenüber den 158 christlichsozialen Stadträten fiel diese mit ihren sieben Stadtratssitzen sehr klein aus. Die SDAP blieb ähnlich wie in Berlin, so hält MADERTHANER fest, »von realpolitischer Einflussnahme auf die Stadt weitgehend ausgeschlossen [...] und] darauf beschränkt, die Stadt als den künftigen Ort einer anderen Politik, einer anderen Gesellschaft und einer anderen Kultur zu proklamieren«<sup>129</sup>. Das Sprachrohr der sozialdemokratischen Ankündigungen und Zukunftsvorstellungen waren in beiden Hauptstädten neben der Gewerkschaftspresse ihre parteieigenen Presseorgane: die *Arbeiter-Zeitung* in Wien und der *Vorwärts* in Berlin. Während sich die *Arbeiter-Zeitung* in Wien gegen die liberale Großpresse kaum durchsetzen konnte, gehörte der *Vorwärts* zu den meistgelesenen Zeitungen der deutschen Hauptstadt.<sup>130</sup>

## 1.6 Eintritt in das Zeitalter der Massen: Presse und Kulturleben für alle

Im Zuge des Aufstiegs der Massenpresse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dominierten neben dem *Vorwärts* auch einige linksliberale Blätter wie das *Berliner Tageblatt*, die *Berliner Zeitung* und der *Berliner Lokal-Anzeiger* die Berliner Presselandschaft. Über die tagesaktuellen Nachrichten und den großen Anzeigenanteil hinaus berichteten diese

127 Das Rote Wien, Wahlrecht (oben Kapitel II, Anm. 126).

128 Auf kommunaler Ebene bestand das Kurienwahlsystem weiter fort, das seine letzten Änderungen vor dem Krieg im Jahr 1900 infolge der Badenischen Wahlreform erfuhr. Mit der Einführung der allgemeinen vierten Wählerkurie, in der alle Erwachsenen und damit auch die bisher ausgeschlossenen Hausangestellten sowie die Arbeiterschaft zusammengefasst wurden, erhielten die Wiener Sozialdemokraten 1900 ihre ersten zwei Sitze im Stadtparlament. BLEED zufolge ermöglichten die Änderungen des Wahlsystems den Sozialdemokraten zwar den Einzug in den Gemeinderat, doch zugleich wurde auch die Zahl der Abgeordneten beschränkt. Da die Angehörigen der drei weiteren Kurien das Recht besaßen, zweimal zu wählen, erreichte die SDAP nie mehr als einstellige Mandatszahlen. Vgl. BLEED, Wien, S. 193.

129 MADERTHANER, Von der Zeit, S. 242. Vgl. auch ERBE, Berlin, S. 766.

130 Die Auflage des *Vorwärts* stieg zwischen 1891 und 1914 von 25.000 auf 161.000. In Wien hingegen lag die Auflage der *Arbeiter-Zeitung* um die Jahrhundertwende bei 24.000 täglichen Ausgaben gegenüber einer Auflage der liberalen *Neuen Freien Presse* von 50.000. Vgl. WEIPERT, Das Rote Berlin, S. 64. BLEED, Wien, S. 332.

auflageorientierten Tageszeitungen mit niedrigem Verkaufspreis über Sport, Mode, Vermischtes und Lokales, womit sie ihrer Großstadtlerserschaft u. a. auch wichtige Orientierungsfunktionen boten. Der Aufstieg der Massenpresse stand LINGER zufolge in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchsetzung und Verbreitung der Massenkultur.<sup>131</sup> LINGER hebt die damit einhergehende »Ablösung eines kulturell rasonierenden Lesepublikums durch das Massenpublikum der Kulturkonsumenten«<sup>132</sup> hervor. Eine Auflistung der auflagenstärksten Wiener Tageszeitungen von 1915 bestätigt diese Entwicklung auch für die Habsburgermetropole. Danach führte das massenorientierte unparteiische Lokalblatt *Illustrierte Kronen Zeitung* die Liste an.<sup>133</sup> Doch die in den 1860er Jahren gegründeten liberalen Tageszeitungen wie die *Neue Freie Presse* und das *Neue Wiener Tagblatt* konnten sich ebenfalls weit vor der christlichsozialen *Reichspost* unter den sechs auflagenstärksten Presseerzeugnissen behaupten. Auch ihre Berichterstattungen beschränkten sich nicht nur auf das politische Zeitgeschehen, sondern lieferten auch regelmäßige Beiträge aus den wichtigsten Bereichen der Kultur. Das Gros der (Wiener) Schriftsteller- und Künstlerschaft schrieb im Interesse des eigenen Bekanntheitsgrades für das Feuilleton der *Neuen Freien Presse*, die eine zentrale Stellung im kulturellen Leben Wiens einnahm.<sup>134</sup>

Um die Jahrhundertwende florierten in Wien Literatur, Musik, bildende Kunst, Architektur und Wissenschaft gleichzeitig. Die künstlerische und intellektuelle Kreativität und Vielfalt der Wiener Moderne war so außerordentlich, dass sie bedeutende Impulse in die anderen europäischen Großstädte sendete und eine enorme Anziehungskraft auf Kulturschaffende hatte. Wiens kulturelle Infrastruktur spielte hierbei eine wichtige Rolle, denn ohne Opernhäuser und Konzertsäle, Zeitungsvielfalt und Verlage, Mäzenatentum und Universität sei diese Entwicklung, wie LINGER betont, kaum möglich gewesen.<sup>135</sup> Neben Wien gab es in Europa noch eine ganze Reihe weiterer kultureller Zentren. Wie die Donaumetropole gehörte auch Berlin zur Weltspitze auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kultur. Auch sie war Konzert- und Opernstadt, setzte Akzente als Literatur- und vor allem als Theaterstadt, brachte Innovationen in der bildenden Kunst und Architektur hervor und besaß neben modernen Forschungsinstituten eine der einflussreichsten Universitäten im deutschen Sprachraum. Doch das kulturelle Leben beider Hauptstädte wurde am Vorabend des Ersten Weltkrieges schon lange nicht mehr nur durch die bürgerliche Hochkultur geprägt. Insgesamt vermehrten sich die großstädtischen massenkulturellen (Freizeit-)Angebote für breite Bevölkerungsschichten. So verfügten z. B. beide Städte mit dem Wiener *Wurstelprater* und dem Berliner *Lunapark* über große Vergnügungsparks, die mit ihrer Mischung aus Musik, Tanz, Theater, Spiel und Attraktion ein »schichtenübergreifendes Massenpublikum« anzogen.<sup>136</sup>

131 Vgl. LINGER, Metropolen, S. 227f.

132 LINGER, Metropolen, S. 228.

133 Vgl. SCHWENDINGER, Christian: *Kriegspropaganda in der Habsburgermonarchie zur Zeit des Ersten Weltkrieges. Eine Analyse anhand fünf ausgewählter Zeitungen*, Hamburg 2011, S. 41.

134 Vgl. BLEID, Wien, S. 333.

135 Vgl. LINGER, Metropolen, S. 243.

136 Vgl. NIEDEBALKI, Johanna: »Lunapark in Berlin: Extrem laut und unglaublich voll«, in: *Der Tagesspiegel*, 2. April 2015. Im Internet unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/extrem-laut-und-unglaublich-voll-3619732.html> (09.12.2016). Vgl. auch DIES., »Vergnügungsparks«, in: MORAT, Dani-

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts riefen darüber hinaus sowohl in Berlin als auch in Wien die straff organisierte Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die Arbeiterbewegungskultur ins Leben. Das gesellschaftliche Miteinander der Wiener und Berliner Arbeiterbewegung war somit mehr als die regelmäßige Teilnahme an den von Arbeitervereinen und Gewerkschaftsgruppen organisierten Demonstrationen, Massenumzügen und Wahlrechtsspaziergängen, die sich immer stärker im Stadtbild etablierten. Die Arbeiterbewegungskultur sollte den Arbeitern den Zugang zu Wissen, Bildung und Kultur sowie Freizeitaktivitäten verschaffen und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Arbeiterbewegung stärken.<sup>137</sup> Seit den achtziger Jahren öffneten sich diese politischen und kulturellen Weiterbildungs- und Freizeitangebote dem weiblichen Publikum. Es entstanden zahlreiche Arbeiterinnenvereine, die ähnlich wie die Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung eine »anregende Geselligkeit« pflegten und zu Vorträgen und Diskussionen u.a. über Literatur, Religion, Kinderziehung, Prostitution und Ehescheidung zusammenkamen.<sup>138</sup>

## 2| Familienalltag und Ernährungsgewohnheiten

### 2.1 Wiens und Berlins Kragenlinie: Die Lage der Angestellten und Arbeiterschaft

Der Kreis all jener Großstädter, die nach Stefan ZWEIG »Anteil an den kleinen Freuden und Behaglichkeiten des Lebens« nehmen konnten, wuchs im Zuge der Wiener und Berliner Metropolwerdung. Ermöglicht wurde dies nicht nur durch die Angebotsvielfalt kultureller Vergnügungen, sondern auch durch den Wandel der Lebens- und Arbeitsverhältnisse eines großen Teils der erwerbstätigen Bevölkerung während der Jahrzehnte vor und den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende. Von besonderer Bedeutung waren hier die Steigerung der Reallöhne sowie die Freizeit schaffenden Arbeitszeitverkürzungen.<sup>139</sup> Doch von diesen Veränderungen profitierten längst nicht alle (lohn- und gehalts-

---

el et al., *Weltstadtvergnügen. Berlin 1880–1930*, Göttingen 2016, S. 153–192. BLED, Wien, S. 297. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg etablierte sich zudem ein neuer Ort geselligen Zusammenseins im Berliner und Wiener Stadtbild – in Konkurrenz zum Theater entwickelte sich das Kino mit über 280 Einrichtungen in Berlin und rund 150 Kinosälen in Wien zu einem populären Volksvergnügen für Groß und Klein. Vgl. EBD., S. 311. Sowie GLATZER, *Das Wilhelminische*, S. 341ff.

137 So wurden zahlreiche Arbeiterbibliotheken und Arbeiterbildungsvereine gegründet, die Vortragsreihen und kulturelle Veranstaltungen anboten. Es entstanden im Zuge des Freizeitzugewinns regelrechte Massenorganisationen u.a. in Form von Arbeitergesangsvereinen, Arbeiterblaskapellen, Arbeiterturn- und Arbeiterradvereinen. Vgl. GOGOS, *Manuel: »Wir sind viele – Der Aufstieg zur Massenpartei«*, in: KRÜKE, Anja und Meik WOYKE (Hg.), *Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848 – 1863 – 2013*, Bonn 2012, S. 62–77, hier S. 70.

138 Vgl. FREVERT, Ute: *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Frankfurt a.M. 1986, S. 136.

139 Vgl. EHMER, Josef: »Die Entstehung der ›modernen Familie‹ in Wien (1780–1930)«, in: CSEH-SZOMBATHY, Laszlo und Rudolf RICHTER (Hg.), *Familien in Wien und Budapest*, Wien 1993, S. 9–34, hier S. 22 und S. 26. Sowie DERS., *Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels. Arbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 200. GESTRICH, Andreas: *Geschichte der Familie im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 15.